

FRÜHE HILFEN AUS ZIVILGESELLSCHAFTLICHER PERSPEKTIVE

Ein Impulspapier zum freiwilligen Engagement im
Bereich der frühen Förderung und Unterstützung
von Kleinkindern und ihren Familien

INHALT

Vorwort **2**

Einleitung **4**

1. Frühe Förderung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive **6**

1.1 Frühe Hilfen als Teil einer Gesamtstrategie zur
frühen Förderung und Unterstützung von Kindern
und ihren Familien **6**

1.2 Prävention und Gesundheitsförderung **8**

1.3 Familiensysteme und gesellschaftliche
Modernisierungsprozesse **12**

1.4 Zivilgesellschaftliche Perspektive –
ein Diskurs mit vielfältigen Bedeutungen **14**

1.5 Anforderungen an eine professionelle psychosoziale
Arbeit aus zivilgesellschaftlicher Perspektive **18**

1.6 Zum Verhältnis von bürgerschaftlicher und
professioneller Tätigkeit – ein Zwischenfazit **24**

1.7 Freiwilligenarbeit in den Frühen Hilfen zwischen
Prävention, Empowerment und Familienselbsthilfe **26**

2. Freiwilligenarbeit professionell begleiten **30**

2.1 Etablierte Schnittstellen zwischen Fachdiensten
und zivilgesellschaftlichen Akteuren **30**

2.2 Fachliche Anforderungen an Freiwilligenmanagement
und Freiwilligenkoordination **33**

3. Zusammenfassung und Empfehlungen für eine gelingen- de Praxis der Freiwilligenarbeit in den Frühen Hilfen **46**

4. Literatur **51**

5. Internetquellen **56**

VORWORT

Freiwilligenarbeit als substanzieller Bestandteil vieler Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens hat in der politischen Wahrnehmung und wissenschaftlichen Diskussion eine enorme Aufwertung erfahren.

Innerhalb der vielfältigen Engagement-Landschaft existieren bereits seit vielen Jahren Initiativen und Projekte von und mit Freiwilligen zur Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern, was auch in der Begriffsbestimmung Früher Hilfen aus dem Jahr 2009 zum Ausdruck kommt: »Frühe Hilfen basieren vor allem auf multiprofessioneller Kooperation, beziehen aber auch bürgerschaftliches Engagement und die Stärkung sozialer Netzwerke von Familien mit ein« (Beirat des NZFH 2009).

Mit dem Inkrafttreten des *Bundeskinderschutzgesetzes* (BKisSchG) 2012 und dem Start der daraus erwachsenen *Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen* etablierten sich die Frühen Hilfen zu einem bundesweit kodifizierten und dauerhaften Handlungsfeld, das ehrenamtliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement explizit einbezieht (BuKiSchG § 3, Abs. 4 KKG). In der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung¹ sind zwar der Aufbau von Netzwerken sowie der Einsatz von Familienhebammen und vergleichbaren Gesundheitsfachberufen prioritär gesetzt. Jedoch wird mit der Förderung von Ehrenamtsstrukturen auch der Ausbau von besonders niederschweligen Angeboten zur alltagspraktischen Unterstützung und Entlastung von Familien mit kleinen Kindern sowie zur Erweiterung sozialer familiärer Netzwerke ermöglicht. Voraussetzung dafür ist, dass eine hauptamtliche Fachbegleitung der Freiwilligen besteht und die Einbindung in ein Netzwerk Frühe Hilfen gewährleistet ist.

Diese gesetzlichen und förderrechtlichen Regelungen spiegeln die Anerkennung wider, die den Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements bei der Unterstützung von Familien entgegengebracht wird. Doch sind die Konzepte und Strategien, die in den Kommunen beim Freiwilligenmanagement und zur Förderung von Freiwilligenarbeit zum Einsatz kommen, sehr unterschiedlich und bislang wenig untersucht worden. Die vor Ort gewonnenen Erfahrungen und das daraus resultierende Wissen bilden jedoch eine wichtige Ressource für die Qualitätsentwicklung dieser Praxis. Die Bundesinitiative soll dazu beitragen, die bereits gewonnenen Erkenntnisse zu den Möglichkeiten und Grenzen von ehrenamtlichem Engagement in den Frühen Hilfen zu sammeln und auszuwerten, aber auch neue Erkenntnisse zu generieren. Dabei geht es beispielsweise um die Gestaltung der Übergänge von Freiwilligenarbeit und professionellem Handeln oder um die Entwicklung von Qualitätsstandards für den Einsatz Ehrenamtlicher in Familien. Das *Nationale Zentrum Frühe Hilfen* begleitet dazu unterschiedliche Maßnahmen und Projekte wie beispielsweise die Evaluation des Projektes »Frühe Hilfen in der Caritas« (NZFH 2015).

Als Ausgangspunkt für eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema Freiwilligenarbeit hat das NZFH das vorliegende Impulspapier beauftragt. Es beleuchtet die Entwicklung und die grundsätzliche gesellschaftliche Bedeutung des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen

1 Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gibt klare Kriterien für die Förderung vor (Art. 1, Abs. 2). Demnach können Projekte mit Ehrenamtlichen profitieren, sofern sie in ein Netzwerk Frühe Hilfen eingebunden sind und der Einsatz durch eine hauptamtliche Fachkraft angeleitet oder begleitet wird. Konkret gefördert werden können Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie zur Koordination und Fachbegleitung von Ehrenamtlichen durch hauptamtliche Kräfte. Auch Qualifizierungen oder die Mitarbeit in den Netzwerken vor Ort können auf diese Weise für die Freiwilligen und die Fachkräfte abgesichert werden.

und zivilgesellschaftlichen Engagements im sozialen Bereich mit besonderem Blick auf die frühzeitige Unterstützung von Familien mit Säuglingen und Kleinkindern. Die dahinterliegenden Begriffe und Verständnisse erweisen sich dabei als vielfältig, jedoch in jedem Fall ertragreich für den Diskurs um die Frühen Hilfen: indem sie einen kritischen Blick auf soziale Unterstützungsformen einbringen sowie eingeschliffene Routinen der professionellen Arbeit hinterfragen und indem sie Fragen zur Haltung gegenüber Familien und zum Grundgedanken eines solidarischen Gemeinwesens thematisieren.

Mit dem Blick auf das besondere Potenzial, das Freiwilligenarbeit »zwischen Prävention, Empowerment und Familienselbsthilfe« zu entwickeln vermag, leistet das vorliegende Impulspapier einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer guten und reflektierten Praxis in den Frühen Hilfen, die den ganz unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien nach Entlastung und Unterstützung gerecht werden kann. Das zivilgesellschaftliche Engagement trägt dazu in seiner ganz eigenen Qualität bei – als Brücke zwischen Familien, professionellem Hilfesystem und Gesellschaft.

Unser Dank gilt Herrn Professor Dr. Heiner Keupp und Frau Professor Dr. Luise Behringer für das vorliegende Impulspapier, das auf die Vielfalt und die innovative Dynamik, die Freiwilligenarbeit in den Frühen Hilfen entfalten kann, aufmerksam macht. Sie haben uns einen erweiterten Blick auf Frühe Hilfen ermöglicht, den nämlich einer umfassenden zivilgesellschaftlichen Perspektive. Diese Denkanstöße stellen wir hiermit einem breiten Fachpublikum zur Verfügung und Diskussion.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

EINLEITUNG

Schaut man sich die bestehende Landschaft von sozialen Einrichtungen an, dann entsteht mitunter sehr schnell das Bild, als hätte der gütige Sozialstaat oder die von ihm beauftragten Wohlfahrtsverbände gut vorgesorgt, indem notwendige Hilfeleistungen für alle Lebenslagen rechtzeitig angeboten und genutzt werden können. Die Träger der unterschiedlichen Institutionen und die staatlichen Instanzen tragen durch ihre Erfolgsbilanzen zu diesem Eindruck erheblich bei.

Was bei diesen Selbstdarstellungen jedoch oft verloren geht, ist die Tatsache, dass viele Impulse und Initiativen zu neuen sozialen Dienstleistungen in aller Regel aus der *Zivilgesellschaft* kommen und von deren Akteuren erprobt und oftmals politisch erstritten werden mussten. Häufig sind diese Akteure in ihrem Handeln von eigenen Bedürfnissen geprägt, die von bestehenden Angeboten der Dienstleistung nicht aufgenommen werden. Es sind Bedürfnisse, die vor allem aus strukturellen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen folgen, die aber sozialstaatlich noch kaum wahr- und ernstgenommen werden. Gerade die Entwicklung der Institution Familie und damit vor allem die sich verändernden Sozialisationsbedingungen von Kindern zeigen, wie dramatisch sich die familiären Lebenswelten verändert haben.

Wir haben bewusst in die Überschrift dieses Impulspapieres die »zivilgesellschaftlichen Perspektiven« aufgenommen, um gerade diesen selbstaktiven Charakter vieler Initiativen zur Modernisierung und Stärkung familiärer Systeme deutlich herauszustellen. Damit wird kein Widerspruch zum ehrenamtlichen Engagement formuliert, jedoch eine Akzentuierung vorgenommen, denn ehrenamtliche Tätigkeiten setzen demgegenüber eine klare Aufgabenzuordnung durch bestehende institutionelle Systeme voraus und übernehmen dort fest umrissene Aufgaben.

Das ist durchaus ein elementarer zivilgesellschaftlicher Beitrag, doch darin geht eine zivilgesellschaftliche Perspektive nicht auf. Sie thematisiert die *agency* der Subjekte, die mit ihren Veränderungswünschen über bestehende institutionelle Arrangements hinaus aktiv werden und vor allem auf neue gesellschaftliche Probleme innovative Antworten suchen. Mit diesen Veränderungswünschen gehen sie durchaus auch Konflikte mit Repräsentanten bestehender Einrichtungen ein und werden deshalb von hauptamtlichen Fachkräften nicht immer und auf Anhieb wertgeschätzt.

Neben Legitimations- und Zuständigkeitskonflikten zwischen Freiwilligen und Fachkräften gibt es natürlich auch die nicht selten begründete Sorge der Professionellen, dass die Freiwilligtätigkeit in ihrem Aufgabenfeld zu einer »Billigkonkurrenz« werden könnte. Gerade bei fiskalischen Engpässen wird der politische Lobgesang auf die Ehrenamtlichen von hauptamtlich Tätigen skeptisch aufgenommen, weil damit nicht selten Kürzungsabsichten in ihren Handlungsdomänen erkennbar werden. Auch im neuen Handlungsfeld der Frühen Hilfen reagieren einige Fachkräfte sorgenvoll und skeptisch auf die Freiwilligen. Bei genauerer Analyse wird häufig deutlich, dass die Aufgaben im Verhältnis der Hauptamtlichen zu den Freiwilligen nicht in der notwendigen Trennschärfe geregelt sind.

Das hier vorgelegte Impulspapier will einen Beitrag zur Klärung dieses Verhältnisses leisten, indem es den Fokus auf Gestaltungsmöglichkeiten an der Schnittstelle zwischen hauptamtlichen Aufgabenfeldern sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteuren bei der frühen Förderung und Unterstützung von Kindern und ihren Familien legt.

Das Kapitel 1 vollzieht zunächst die Veränderungen im Diskurs um die Unterstützung von Kindern und Familien aus Perspektive der Zivilgesellschaft nach und nimmt einige grundlegende Einordnungen im Hinblick auf Präventionskonzepte sowie auf die Entwicklung der Freiwilligenarbeit vor.

Das Kapitel 2 stellt etablierte und bewährte Strukturen der Beziehung von Freiwilligen und Hauptamtlichen dar und gibt grundlegende Hinweise für Management und Koordination von Freiwilligen auf der strategischen und auf der operativen Ebene.

Abschließend werden in Kapitel 3 Empfehlungen zur konkreten Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Freiwilligen und Fachkräften in den Angeboten Früher Hilfen ausgesprochen.

1

FRÜHE FÖRDERUNG AUS ZIVILGESELLSCHAFTLICHER PERSPEKTIVE

1.1 FRÜHE HILFEN ALS TEIL EINER GESAMTSTRATEGIE ZUR FRÜHEN FÖRDERUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON KINDERN UND IHREN FAMILIEN

Der Diskurs zur frühen Förderung von Kindern und zur Unterstützung ihrer Familien hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Standen zu Beginn der 2000er-Jahre noch deutlich ungleich verteilte Bildungschancen im Vordergrund, setzte im Zuge der Reformierung des *Achten Sozialgesetzbuches* (SGB VIII) im Jahr 2005 (durch das *Kinder- und Jugendhilfeerweiterungsgesetz KICK*) eine stärkere Hinwendung auf Fragen der Sicherung des Kindeswohls in prekären familiären Lebenslagen ein. Inzwischen ist aus dem neuerlichen Erschrecken über das Vorkommen und die Häufigkeit von Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlung eine neue Haltung entstanden, die nicht nur negative Entwicklungen aufhalten, sondern einen qualifizierten Beitrag zur Förderung guter Entwicklungsbedingungen für möglichst *alle* Kinder und ihre Familien leisten will.

Im Zuge spektakulärer Fälle von Kindesvernachlässigung mit Todesfolge hat Deutschland eine hohe politische Aufmerksamkeit für das Thema Kinderschutz entwickelt, die unter anderem zur Gründung des *Nationalen Zentrums Frühe Hilfen* (NZFH) und schließlich 2012 zum *Bundeskinderschutzgesetz* (BKisSchG) geführt hat. Die ebenfalls im Jahr 2012 gestartete *Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen* unterstützt Bundesländer, Städte, Gemeinden und Landkreise in ihrem Engagement für eine möglichst frühzeitige Förderung von Kindern und ihren Familien. Insgesamt haben sich die Frühen Hilfen in kurzer Zeit zu einem Tätigkeitsfeld mit hohen fachlichen Standards entwickelt.

Dieser Ausbau steht auf exemplarische Weise für eine verstärkte öffentliche Verantwortung für Phänomene und Themen, die bislang der familiären Privatsphäre zugeordnet wurden. Nur bei erzieherischem Versagen der Eltern war bislang das Eingreifen der Jugendämter zur Sicherung des Kindeswohls unabdingbar. Nun wird schon wesentlich früher versucht, Unterstützung anzubieten, um einer möglichen Überforderung von Eltern vorzubeugen. Der *14. Kinder- und Jugendbericht* der Bundesregierung hat sich schwerpunktmäßig dieser Entwicklung gewidmet und das veränderte Zusammenwirken von öffentlicher und privater Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen als spezifische gesellschaftspolitische Gestaltungsaufgabe thematisiert:

»Die Frühen Hilfen sind (...) ein Paradebeispiel für die starken Veränderungen, die sich im Aufwachsen von Kindern in Deutschland zwischen privater und öffentlicher Verantwortung im letzten Jahrzehnt ergeben haben. Staatliche, kommunale, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure richten ihre Aufmerksamkeit und ihre Bemühungen zunehmend auf eine Lebensphase, die noch wenige Jahre zuvor als ureigenes Feld privater, elterlicher Verantwortung betrachtet worden wäre.« (Deutscher Bundestag 2013, S. 300f.)

Die Aufmerksamkeit für die Bedeutung der frühen Kindheit sowie für ein gesundes Aufwachsen von Kindern hat eindeutig zugenommen, insbesondere auch für die in dieser Lebensphase bestehenden Risiken und Gefährdungsschwellen. Dabei kam es zunächst zu einer stärkeren Betonung, zum Teil auch Überbetonung, des Kinderschutzauftrages, doch in den Fachdiskussionen wurde zunehmend das Ziel eines systematischen Ausbaus der frühen Förderung und angemessener Hilfesysteme hervorgehoben. Es sollte eine Gesamtstrategie entwickelt werden, die frühe Förderung von Kindern und die Unterstützung ihrer Familien als umfassendes Angebot von der Schwangerschaft über die Geburt bis zu den ersten Lebensmonaten und Lebensjahren organisiert. Schon der *13. Kinder- und Jugendbericht* der Bundesregierung hat dazu eine klare Positionierung vorgenommen:

»Eine breit angelegte und umfassende kommunale Infrastruktur zur frühen Förderung von Kindern und Unterstützung von allen Familien von der Schwangerschaft bis ins Vorschulalter soll flächendeckend auf- und ausgebaut werden« (Deutscher Bundestag 2009, S. 262).

An anderer Stelle heißt es: »Frühe Förderung und präventiver Kinderschutz bedürfen einer fallbezogenen intelligenten Kombination von wirksamen allgemeinen Angeboten, die sich an alle Familien richten (universelle Förderung), und darauf aufbauender Angebote, die spezifisch auf die jeweils besonderen Problemlagen von Eltern zugeschnitten sind (selektive Förderung für Eltern mit psychischer oder Suchterkrankung, jugendliche und alleinerziehende Mütter etc.)« (ebd., S. 255) (zur Einordnung präventiver Ansätze vgl. Kap. 1.2).

Nach Einschätzung des *13. Kinder- und Jugendberichts* scheinen hierfür Einrichtungen gut geeignet, die sozialraumbezogen ausgerichtet sind und ein komplexes Angebot bereitstellen, wie beispielsweise *Early-excellence-Projekte, Kinder-Tages-Zentren, Häuser für Familien, Mütter- und Familienzentren* sowie *Mehrgenerationenhäuser*. Die *Expertenkommission* betont, Frühe Hilfen nicht schwerpunktmäßig unter einer Kontrollperspektive wahrzunehmen, sondern als abrufbare Assistenz und als Orte, an denen sich Familien treffen, austauschen und damit auch sich selbst organisieren können (Deutscher Bundestag 2009, S. 254f.). Diesem Aspekt der familiären Selbstorganisation und der damit verbundenen Förderung des Erwerbs von Erziehungsfähigkeiten wird in der Entwicklung von sozialraumorientierten Förderprogrammen eine hohe Bedeutung zugemessen:

»Erfahrungen mit kooperativen Familienprogrammen zeigen, dass sich elterliche Erziehungskompetenzen verbessern, wenn gleichzeitig eine selbsthilfeorientierte Vernetzung im Sozialraum geschieht (...). Durch den »Transport« solcher präventiver Angebote in die Sozialräume hinein werden verstärkt auch solche Familien erreicht, die eher als Adressaten intervenierender Sozialarbeit gelten.« (Tschöpe-Scheffler 2008, S. 75)

1

1.2 PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Die konkreten Unterstützungsangebote im Rahmen von kommunalen Systemen Früher Hilfen gehören zu den Handlungsfeldern Prävention und Gesundheitsförderung. Je nachdem, ob sie eher aus einer Risiko- oder eher aus einer Ressourcenperspektive konzipiert werden, können sie einem der beiden Handlungsfelder zugeordnet werden. Nicht immer wird hier jedoch mit präzisen Begriffen gearbeitet, was eine entsprechende Klärung erfordert.

Prävention im Kontext der Diskussion um Gesundheit zielt darauf, »bekannte Risiken zu vermeiden oder abzubauen, um damit spezifische Krankheiten zu verhindern« (Faltermaier 2005, S. 299). Prävention zielt also vorrangig auf die Vermeidung von Krankheiten und gesundheitlichen Belastungen. Sie bezieht sich dabei auf unterschiedliche Aspekte und bietet ein breites Spektrum an Varianten an (vgl. Abb. 1).

ABBILDUNG 1: UNTERSCHIEDUNG DER PRÄVENTIONSMODELLE

Unterscheidung nach Zeitpunkt der Prävention (Caplan 1964)

1. Primäre Prävention: Ausschaltung von Krankheitsursachen
2. Sekundäre Prävention: Früherkennung und Frühbehandlung
3. Tertiäre Prävention: Vermeidung der Folgen von Krankheit oder ihres Fortschreitens

Unterscheidung nach Spezifität der Prävention (Gordon 1983)

1. Universelle Prävention: Maßnahmen, die prinzipiell für alle Menschen nützlich oder notwendig sind
2. Selektive Prävention: Interventionen bei umrissenen Zielgruppen mit einem vermuteten Risiko
3. Indizierte Prävention: Maßnahmen, die auf Personen oder Gruppen zielen, bei denen ein relativ gesichertes Risiko vorliegt

Verhaltens- versus Verhältnisprävention

Während die *Verhaltensprävention* durch Information, Übung und Training auf die Optimierung des menschlichen Verhaltens abzielt, beschäftigt sich die *Verhältnisprävention* mit einer menschengerechten Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Ziel ist die Erhaltung und die Förderung von Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit der Menschen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Am bekanntesten dürfte die von Gerald Caplan (1964) eingeführte klassische Aufteilung in *primäre*, *sekundäre* und *tertiäre* Prävention sein, die sich an unterscheidbaren Etappen einer »Krankheitskarriere« ausrichtet.

Primäre Prävention in diesem Sinne soll ganz allgemein und im Vorfeld, bevor Krankheits-symptome sichtbar werden oder Gefährdungslagen sich zuspitzen könnten, das Auftreten von Krankheiten und Störungen verhindern. Primäre Prävention bezieht sich jedoch nicht nur auf die Vorbeugung konkreter Krankheiten, sondern auch auf die Verbesserung gesundheitsrelevanter Lebensbedingungen. Als *sekundäre Prävention* werden Interventionen bezeichnet, wenn sie auf erste Symptomatiken, Risikoindikatoren bzw. sich abzeichnende Gefährdungslagen reagieren. Es bedarf also einerseits entsprechender Hinweise oder belastender Bedingungen, die für eine drohende bzw. sich abzeichnende gesundheitliche Belastung sprechen; andererseits müssen diese so frühzeitig vorliegen, dass die Intervention noch in der Lage ist, nicht nur zu heilen, sondern die gesundheitlichen Belastungen zu verhindern oder mindestens zu mildern. Derartige Konstellationen markieren den eigentlichen Zuständigkeitsbereich von gesundheitsbezogener Prävention, und gerade in diesem Feld sind präventive Strategien sehr effektiv. *Tertiäre Prävention* fasst Maßnahmen zusammen, die Folgeprobleme oder Chronifizierungen von Krankheiten oder Störungen verhindern sollen. Prävention in diesem Sinne setzt also nach der Erkrankung bzw. der Sichtbarwerdung von Belastungen ein und zielt darauf, entweder das Wiederauftreten oder die Verstetigung zu vermeiden bzw. die Folgen zu mildern.

Mit gesundheitsbezogener Prävention werden also alle Formen von Praxishandeln bezeichnet, die auf die Vermeidung bzw. frühzeitige Linderung gesundheitlicher Belastungen bzw. Krankheiten abzielen. Dabei muss ein mindestens mittelbarer bzw. begründbarer und nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen dem praktischen Handeln und dem anvisierten Ziel der Vermeidung gesundheitlicher Belastungen bestehen.

In diesem Sinne können Präventionsansätze *spezifischer* oder *unspezifischer Natur* (Spezifitätsmodell) sein. Deutlich gemacht werden soll damit, dass auf der einen Seite bei einigen Krankheiten eine bekannte Ursache durch gezielte Maßnahmen ausgeschaltet oder kontrolliert werden kann und sollte, und dass auf der anderen Seite durch unspezifische Veränderungen, z. B. in den Lern- oder den Arbeitsbedingungen, die Auftretenswahrscheinlichkeit von Krankheiten und Belastungen verringert werden kann. Auf dieser Unterscheidung aufbauend wurde vorgeschlagen, die Trennung zwischen *universeller*, *selektiver* und *indizierter* Prävention vorzunehmen (Gordon 1983).

Die *universelle Prävention* zielt auf die Gesamtbevölkerung und soll die Inzidenz von Krankheiten oder Störungen reduzieren. Die *selektive Prävention* ist auf Bevölkerungsgruppen mit einem spezifischen Erkrankungsrisiko gerichtet und soll bei diesen die Inzidenz gezielt verringern. Ausgehend von bekannten bzw. gut belegten Risikofaktoren bzw. -bedingungen zielen die jeweiligen Angebote auf die Vermeidung bzw. Verringerung der Risiken und der Auftretenswahrscheinlichkeit bei den jeweiligen Gruppen. Die *indizierte Prävention* schließlich

1

zielt auf Personen mit manifesten Problemen ab und soll das Auftreten neuer Krankheitsfälle vermeiden.

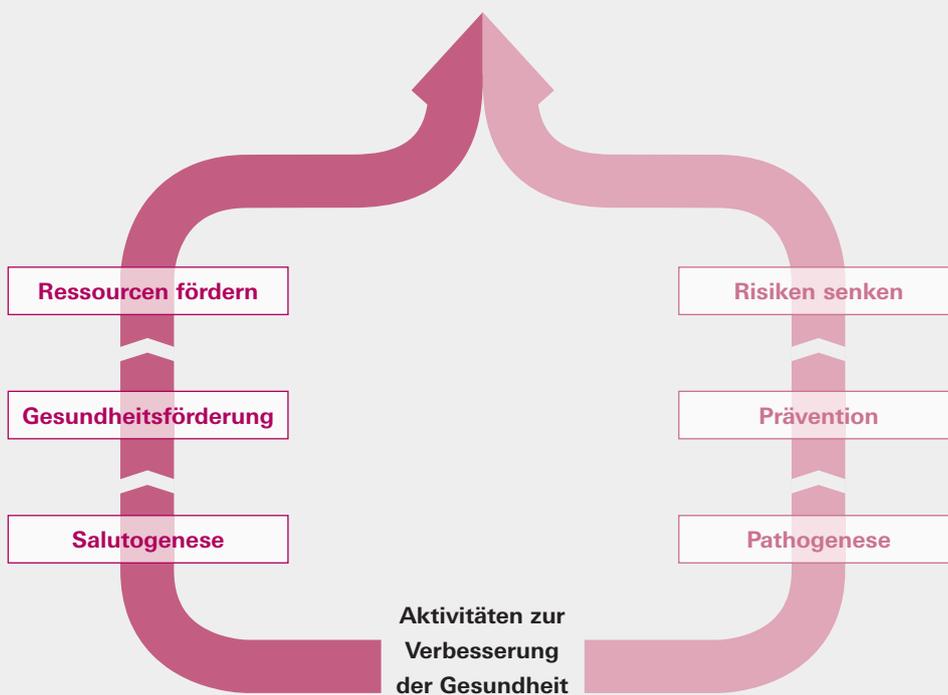
Eine weitere gängige Unterscheidung lenkt den Blick auf den *Gegenstand*, der präventiv verändert werden soll. Betont wird dabei einerseits der Aspekt der *Verhaltensprävention* und andererseits der *Verhältnisprävention*.

Wenn es um die Modifikation »riskanten« Verhaltens von Personen geht, spricht man von *Verhaltensprävention*, während *Verhältnisprävention* auf die Veränderung jener Lebensbedingungen zielt, die entweder krankheitsförderlich sind oder eine gesunde Lebensweise fördern. In dieser Unterscheidung wird die wichtige Frage aufgegriffen, ob die präventiven Maßnahmen und Angebote sich vorrangig auf einzelne Personen bzw. Gruppen, ihre Einstellungen, ihr verfügbares Wissen, ihre Alltagsroutinen und ihr Handeln beziehen oder ob sich die Maßnahmen und Angebote vorrangig auf die sozialen Kontexte, also bestimmte Gefährdungslagen, problematische Gelegenheitsstrukturen, belastende Rahmenbedingungen u. Ä. beziehen. Selbstverständlich sind Ansätze denkbar und werden auch in der Praxis realisiert, die beide Perspektiven erfolgreich verbinden. Weil Krankheit und Gesundheit im Alltagsverständnis und unterstützt durch einen enggeführten Medizinbegriff jedoch häufig individualisiert gedacht werden, also vorrangig mit Personen bzw. Gruppen verknüpft werden, ist es – gerade auch im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe – wichtig darauf hinzuweisen, dass Präventionsangebote sich nicht notwendigerweise auf Personen bzw. Personengruppen beziehen müssen, sondern sich auf die sozialen Rahmenbedingungen beziehen können und dabei nicht selten erfolgreicher sind als rein personenbezogene Maßnahmen.

Im Unterschied zu den Präventionsdiskursen verfolgt das Konzept der **Gesundheitsförderung** eine zivilgesellschaftliche Perspektive (Laverack 2007). Gesundheit wird als ein integraler Bestandteil souveräner alltäglicher Lebensführung betrachtet. Alles, was dies *unterstützt*, wird als gesundheitsförderlich angesehen. Dazu zählt die Förderung einer selbstbestimmten Lebensweise und von Kompetenzen sowie die Steigerung von Wohlbefinden und Lebensqualität. Aber auch die Bereitstellung und Erhaltung von förderlichen materiellen, sozialen und ökologischen Ressourcen sowie die Reduktion gesellschaftlich ungleich verteilter Risiken, Stressoren und Belastungen stehen hier im Fokus von Maßnahmen.

Präventionsstrategien werden in aller Regel auf der Basis pathogenetischer Erklärungsmodelle konzipiert. Sie nutzen als Wissensbasis fundierte Erkenntnisse über die Faktoren, die bei der Entstehung von Krankheiten einen entscheidenden Anteil haben. Die Gesundheitsförderung dagegen soll Ressourcen fördern, die für eine gelingende Lebensbewältigung wichtig sind. Die fachliche Grundlage für eine gezielte Erforschung gesundheitsförderlicher Ressourcen liefert das Konzept der *Salutogenese* (Antonovsky 1997; Bengel u.a. 1998) (vgl. Abb. 2).

ABBILDUNG 2: KONZEPT DER SALUTOGENESE



Quelle: Deutscher Bundestag (2009). 13. Kinder- und Jugendbericht, S. 53 (erweitert).

Die Differenzierung von Prävention und Gesundheitsförderung ist theoretisch bedeutsam, kann aber auch nicht völlig trennscharf vorgenommen werden: Die konzeptuelle Brücke der Perspektive der Gesundheitsförderung zum Präventionsdiskurs besteht in der Annahme, dass gesundheitsförderliche Maßnahmen zugleich auch präventiv wirken – demnach wird dafür plädiert, diese Orientierungen in der Praxis »bewusst zu kombinieren« (Franzkowiak 2006, S. 20).

Gesundheitsförderung und Prävention haben im Handlungsfeld Frühe Hilfen einen besonders hohen Stellenwert: Gerade in den ersten Lebensjahren von Kindern werden zentrale psychosoziale Weichen für den weiteren individuellen Entwicklungsverlauf gestellt. Die alltäglichen familiären Kommunikations- und Handlungsmuster sind dabei stark prägend. Entsprechende Hilfen und Unterstützungssysteme bedürfen demnach einer engen lebensweltlichen Bezogenheit. Dazu kann es sinnvoll sein, dass präventive Maßnahmen auch auf die lebensweltliche Kompetenz von Freiwilligen zurückgreifen, die mit den Lebensbedingungen junger Familien vertraut sind. Die Stärkung der Selbstorganisation von Familien sowie Hilfen, die aus

1

der Grundhaltung des *Empowerment* erfolgen, stellen dabei das besondere Potenzial dar, das zivilgesellschaftliches Engagement einbringt.

1.3 FAMILIENSYSTEME UND GESELLSCHAFTLICHE MODERNISIERUNGSPROZESSE

An Initiativen und Projekten, die von jungen Müttern und Vätern gestartet wurden, lässt sich erkennen, wie bedeutsam bürgerschaftliches Engagement für die gestaltende Bewältigung von gesellschaftlichen Anforderungen und Risiken der Modernisierung war und ist – was nicht zuletzt die Organisation des familiären Alltag betraf. Der Modernisierungsschub, der vor allem seit den 1970er-Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, brachte in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervor.

Für viele neu entstandene Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biografischen Konstellationen (beispielsweise die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten, und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf »das Bewährte« erschüttert. Den herkömmlichen Lösungsangeboten wurde von vielen misstraut, gerade wenn es um Kindererziehung ging, denn man sah etwa in der eigenen Elterngeneration noch die Spuren autoritärer Familienstrukturen, denen man die eigenen Kinder nicht ausliefern wollte.

Auch die Übertragung der frühen Sozialisation an staatliche oder verbandliche Träger und ihre Kinderkrippen- oder Kinderpädagogik wurde teilweise skeptisch gesehen; außerdem konnten diese auch noch gar nicht quantitativ ausreichende Angebote machen. Junge Eltern wollten intensiv beteiligt sein oder die Aufgaben der außerfamiliären frühkindlichen Erziehung selbst und in gemeinschaftlichen Projekten übernehmen. So entstanden Kinderläden und eine Vielzahl von Eltern-Kind-Initiativen. Gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des »demokratischen Experimentalismus« (Brunkhorst 1998) – neue Lösungsentwürfe gesucht wurden.

In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als »soziale Experimentierbaustellen«, als ,emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse« (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107). Auch bei Entwicklungsproblemen, Behinderungen oder chronischen Krankheiten der Kinder gab es häufig keine ausreichende Versorgung außerhalb der medizinischen Behandlung, sodass sich Eltern auch hier selbst auf den Weg machten und sich mit anderen betroffenen Eltern in Selbsthilfegruppen organisierten (vgl. dazu auch Kap. II.3.2). Die *Lebenshilfe* – eine der größten Organisationen in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung – ist aus einer Selbsthilfebewegung entstanden.

Eine Reihe dieser Initiativen haben praktikable Lösungsansätze hervorgebracht, die aber auf Dauer nicht vom Freiwilligenengagement allein getragen werden konnten. Viele dieser Projekte haben auch eine Übernahme in die Regelversorgung gefordert und wurden in die öffentliche Verantwortung integriert. Dafür gab es mindestens drei wichtige Argumentationsstränge:

1. Den engagierten Frauen (und auch einigen Männern) ging es zunächst um eine brauchbare Lösung für die Förderung ihrer eigenen Kinder in der frühen Lebensphase. Für die meisten waren danach berufliche Optionen und Prioritäten handlungsbestimmend; sie zogen sich aus den selbstinitiierten Projekten wieder zurück. Es wurde die berechnete Forderung vertreten, dass die von ihnen freiwillig und »eigennützig« erbrachten Leistungen in die öffentliche Verantwortung übergehen müssten.
2. Ein weiteres Argument für die Übernahme in die öffentliche Regelversorgung folgte aus der Beobachtung, dass die innovativen kindgerechten und familienfreundlichen Projekte vor allem von bildungsbürgerlichen Frauen und Männern getragen wurden und für bildungsbenachteiligte und migrationsgeprägte Milieus kaum erreichbar waren. Doch genau für diese Bevölkerungsgruppen erschien ein verbesserter Zugang zu frühpädagogischen Fördermaßnahmen sinnvoll.
3. Die Bildungsdiskussion in Deutschland hat noch einen dritten Argumentationsstrang geliefert. Eine Reihe von Bildungsdefiziten, die das öffentliche Schulwesen sichtbar macht, verweisen auf höchst ungleiche Förderbedingungen in Familien in der vorschulischen Lebensphase. Gleichzeitig erfolgte der Zugang zu Kindergärten sozial selektiv. So entstehen erhebliche Ungleichzeitigkeiten in den Bildungsbiografien von Kindern, die durch die Schule nicht mehr ausgeglichen werden können. Darauf hat auch die Politik reagiert: Seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und seit dem 1. August 2013 der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Vor allem im großstädtischen Kontext fehlt aber weiterhin eine große Anzahl an Plätzen und/oder qualifiziertes Personal.

Anhand dieser Entwicklung wird deutlich, dass es vor allem zivilgesellschaftliche Impulse waren, die auf veränderte Lebenswelten reagierten, neue Handlungsmuster generierten, die anfangs in hohem Maße vom Freiwilligenengagement getragen waren, die aber letztlich zu wohlfahrtsstaatlich gesicherten Lösungen weiterentwickelt werden mussten. Damit wurde auch eine Professionalisierung und Institutionalisierung der Sozialen Arbeit vorangetrieben.

In den letzten Jahren kam noch ein weiterer Anstoß hinzu: Die Kinderschutzdebatte fokussierte Risiken für Kindeswohlgefährdung im ersten Lebensabschnitt aufgrund einiger dramatischer Fälle von Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder. Dies war ein notwendiger Impuls, der aber auch zu einer Engführung beigetragen hat, die vor allem die Gefährdungen

1

und traumatischen Folgen von Vernachlässigung und Misshandlung der Kleinkinder in den Blick nahm. Daraus entwickelte sich nicht selten ein eher pathogenetischer Blick auf die frühe Kindheit und auf die »Defizite« in Familien in belastenden Lebenslagen. Die dreifache Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe von Förderung – Hilfe – Schutz und Kontrolle bekam in den Augen vieler Beobachtender eine bedenkliche »Schlagseite« zugunsten der Kontrolle.

Das vergangene Vierteljahrhundert brachte aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse eine stärkere Beachtung der Entwicklungsgrundlagen der Frühen Kindheit mit sich. Es entstanden Hilfen und Unterstützungssysteme, die weitgehend in die Zuständigkeit professionell dominierter Institutionen übergegangen sind – eine notwendige wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. Gleichzeitig aber bleibt der zivilgesellschaftliche Anteil an dieser Entwicklung nicht nur historisch relevant, sondern bietet weiterhin ein lebendiges und dringend erforderliches Innovationspotenzial. Professionelles Handeln wird dadurch in seiner Eigenbezüglichkeit herausgefordert sowie mit neuen Ideen und Anforderungen konfrontiert. Zugleich muss professionelles Handeln im Sinne der Empowerment-Philosophie (vgl. Kap. 1.4) das Freiwilligenengagement begleiten und unterstützen. Das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und professionell-institutionellen Handlungsmustern und Aufgaben bedarf somit stets einer gezielten Passungsarbeit und gelingenden Balance.

Schon vor mehr als zehn Jahren stellte Thomas Röbbke (2004, S. 33) fest, dass wir viele punktuelle bürgerschaftliche Initiativen rund um das Familienleben haben:

»Was aber fast überall fehlt, ist die An- und Einpassung derartiger Projekte in die vorhandenen professionellen Unterstützungsstrukturen für Familien. Wir müssen, bei aller Sympathie für eine von unten bunt wuchernde Graswurzelbewegung, die Schnittstellen und Zusammenhänge zu den professionellen Einrichtungen klären.« (Hervorhebungen im Original)

Der Bedarf an einer systematischen Gestaltung der Übergänge und des Zusammenwirkens zwischen professionellem Handeln und ehrenamtlichem Engagement wird aktuell auch im Rahmen der *Bundesinitiative Frühe Hilfen* aufgegriffen. So soll die Förderung von Ehrenamtsstrukturen und Projekten der Freiwilligenarbeit sowie deren wissenschaftliche Begleitung zu Erkenntnissen über Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von Ehrenamtlichen sowie zur Entwicklung von Qualitätsstandards beitragen (vgl. Art. 1 Abs. 2 sowie Art. 2 Abs. 5 Verwaltungsvereinbarung).

1.4 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE – EIN DISKURS MIT VIELFÄLTIGEN BEDEUTUNGEN

Der traditionelle Diskurs zur ehrenamtlichen Tätigkeit hat in den letzten Jahren eine deutliche Akzentverschiebung erlebt. Es wird nicht nur die Unterscheidung zwischen traditionellem und neuem Ehrenamt getroffen, sondern das neue Ehrenamt wird auch in aller Regel als bürger-

schaftliches Engagement und damit treffender eingeordnet. Somit eröffnet sich der Diskurs einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die mit ihren verschiedenen Facetten im Folgenden vorgestellt wird.

Der Bericht der *Enquetekommission* »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft« (2002) gibt als Quelle zum Stichwort *Zivilgesellschaft* anhand von 308 Belegstellen in reichem Maße und mit brauchbaren Begriffsbestimmungen Auskunft, so beispielsweise:

»Eine Gesellschaft, die der Leitidee der Zivilgesellschaft verpflichtet ist, stützt sich auf bürgerschaftliches Engagement und eröffnet Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten für selbst organisierte Mitgestaltung und Beteiligung.« (ebd., S. 38)

»Die Zivilgesellschaft ist der Nährboden der Demokratie. Sie lebt von bürgerschaftlichem Engagement, vom freiwilligen, gemeinwohlorientierten und unentgeltlichen Einsatz, den Bürgerinnen und Bürger tagaus, tagein leisten: in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften, im politischen Engagement in Parteien, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, aber auch in Nachbarschaftsinitiativen, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder den Rettungsdiensten, bei Umweltinitiativen oder Naturschutzprojekten, bei der Betreuung von Alten und Kranken, in der Hospizbewegung, in Selbsthilfegruppen oder Kulturprojekten. Mit diesen vielfältigen Aktivitäten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erneuern die Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie sind der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Die Zivilgesellschaft stärkt die Vertrauensbeziehungen und die demokratischen Werte – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität –, ohne die eine demokratische Gesellschaft verkümmern würde.« (ebd., S. 59)

In dem Bericht der *Enquetekommission* kommt jedoch auch eine kritische Perspektive zu Wort: Im Zusammenhang mit der Stärkung der Zivilgesellschaft liege oft der Verdacht nahe, »hier wolle sich der Staat aus seiner sozialen Verantwortung stehlen. Bürgerengagement«, so die Kritik, »ist dann nur eine hübsche Verpackung, die den hässlichen Inhalt kaschieren soll: Einsparungen, Privatisierung, soziale Leistungen nur noch für diejenigen, die es sich leisten können. Aber Eigeninitiative aus Not kann keine soziale Gerechtigkeit für alle schaffen. Das neoliberale Programm, die Zivilgesellschaft dort zum Ausfallbürgen zu machen, wo staatliche Aufgaben nicht an private Anbieter delegiert werden können, geht nicht auf: Bürgerengagement braucht Förderung und Infrastruktur, die nur der Staat leisten kann; und Bürgerinnen und Bürger setzen sich engagierter für das Gemeinwesen ein, wenn sie sich auf ein funktionierendes soziales Netz verlassen können« (ebd., S. 60).

Der Begriff Zivil- oder Bürgergesellschaft ist weniger eindeutig, als man sich das wünschen würde. Der folgende Ordnungsversuch bezieht ein vielfältiges Bedeutungsspektrum mit ein (vgl. Kasten S. 16 f):

1

ENTWICKLUNGEN UND BEDEUTUNGSVIELFALT VON ZIVILGESELLSCHAFT

1. *Zivilgesellschaft als die Suche nach der idealen Polis:* Bei Aristoteles bildete die Idee der Zivilgesellschaft das Herzstück eines »aristokratischen Republikanismus, der auf tugendhafte, männliche und freie Bürger setzt, die über genügend Eigentum verfügen, um sich um die politischen, also öffentlichen Belange zu kümmern« (Adloff 2005, S. 18). Die Polis, die Bürgergemeinde, wird verstanden als »eine Gemeinschaft von Bürgern, die sich zum Zwecke des ‚guten‘, das heißt des tugendhaften und glücklichen Lebens zusammenschließen« (ebd.).
2. *Zivilgesellschaft als Emanzipationsprojekt des aufgeklärten Bürgertums:* Die entstehende kapitalistische Gesellschaft rüttelte an den Fesseln einer aristokratischen Herrschaftsform und hat die Emanzipation des Bürgers gebracht. Er befreit sich von einer Ordnung, die nicht mehr vernünftig begründbar war, und Vernunft wurde zur Schlüsselkategorie der Aufklärung. Vor allem Frankreich hat die wichtige Unterscheidung von *Citoyen* und *Bourgeois* gebracht, die die deutsche Sprache nicht erlaubt.
3. *Zivilgesellschaft als entfaltete kapitalistische Gesellschaft:* In dem Maße, wie der Bürger sich als Wirtschaftssubjekt verstand, bekam der Begriff der Bürgergesellschaft den Bedeutungshof »bürgerliche Gesellschaft«, der sich für die marxistisch inspirierte Gesellschaftskritik zunehmend als das erwies, was es zu überwinden galt, eine Gesellschaft, die den Menschen Entfremdung aufzwingt und eine destruktive Dynamik entfaltet, die nur durch eine revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen ökonomischen Ordnung aufgehoben werden könne oder zumindest – so die eher sozialdemokratische Perspektive – durch einen den Markt regulierenden und Wohlfahrtsleistungen für die Mehrheit der Bevölkerungen garantierenden Staat. Zivilgesellschaft in diesem Sinne galt als zu bezähmende gesellschaftliche Zerstörungskraft.
4. *Zivilgesellschaft als dritte Kraft neben Staat und Markt:* In der entfalteten kapitalistischen und staatlich regulierten Gesellschaft gibt es die Sphäre von Bürgerinnen und Bürgern selbst gestalteter sozialer Figurationen, die über den engen privaten Bereich hinausreichen und vor allem auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und Selbstorganisation beruhen. Sie erfahren eine mehrdimensionale Funktionsbeschreibung: Sie werden als »Seele der Demokratie« und als Ressource der Wohlfahrtsproduktion betrachtet.
5. *Zivilgesellschaft als »Wurzelwerk« von sozialer Verortung:* Je stärker die gesellschaftlichen Veränderungsdynamiken der Globalisierung und Digitalisierung traditionelle Lebensformen auflösen, desto mehr wird über das soziale »Unterfutter« nachgedacht, das Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Beheimatung ermöglicht. Die Zivilgesellschaft wird als »Produktionsort« posttraditionaler Ligaturen betrachtet, der »soziales Kapital« erzeugt. An dieser Frage setzt der Kommunitarismus an.

6. *Zivilgesellschaft als normatives Regulativ*: Die freie Assoziation von Bürgerinnen und Bürgern jenseits der Marktgesetze und staatlicher Verhaltenskontrollen bedarf der Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte und ebenso des Schutzes der Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit. Hinzu kommt die Betonung *ziviler* Umgangsformen wie Zivilcourage, Toleranz, Gewaltfreiheit und eine Idee von Gemeinsinn.
7. *Zivilgesellschaft als utopisches Projekt*: Nicht zuletzt die sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts haben sich als Motor einer umfassenden Demokratisierung und als Experimentierbaustellen für zukunftsfähige gesellschaftliche Lösungen betrachtet, die weder dem Staat noch dem Markt zugetraut wurden. Die demokratische Selbstregierung soll durch immer mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerverantwortung gestärkt und darüber die realen Machtüberhänge von Kapital und Staat gebändigt werden.
8. *Zivilgesellschaft als instrumentalisierbare Ressource*: In dem Maße, wie sich die Handlungsmächtigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen erwies, wurden sie auch unterschiedlichen Zwecksetzungen zugeordnet. Vor allem sozialstaatliche Systeme werden in einer Koalition von Wirtschaft und Politik unter Verweis auf die Imperative des globalen Netzwerkkapitalismus demontiert und zunehmend auf die Ebene zivilgesellschaftlicher Ressourcen verschoben.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Es dürfte kaum möglich sein, über Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement ohne die Ober- und Untertöne dieser immer mitschwingenden, vielfältigen Diskurse zu reden. Diese Vielstimmigkeit mag für manchen ärgerlich oder verwirrend sein. Man kann darin jedoch eine prismatische Verdichtung all jener Fragen sehen, die der gesellschaftliche Strukturwandel auf die Tagesordnung gesetzt hat:

- Der *Gemeinwohldiskurs*: Die besorgte Debatte um das Gemeinwohl, um Gemeinsinn in einer individualisierten Gesellschaft beschäftigt sich mit der Frage, ob und inwieweit uns das »soziale Kapital« verloren geht, eben jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können.
- Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird als das »Herz« oder die »Seele« der demokratischen Gesellschaft betrachtet. Sie besteht aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie mischen sich ein und machen sich öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.
- Der *Diskurs sozialer Sicherung*: Wie stellen Gesellschaften die Absicherung vor den Folgen existenzieller Risiken und Bedrohungen sicher, ohne dass Menschen zu Objekten »fürsorglicher Belagerung« gemacht werden oder zu passiven Empfängerinnen und Empfängern von Dienstleistung?

1

- Der *Tätigkeitsdiskurs*: Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft zeigt viele sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.
- Der *Identitätsdiskurs*: In einer globalisierten Welt verlieren die traditionell vorgegebenen Schnittmuster der Identitätsbildung ihre Tragfähigkeit. Im Zentrum der Anforderungen für eine gelingende Lebensbewältigung stehen jetzt die Fähigkeiten zur Selbstorganisation, zur Verknüpfung von Ansprüchen auf ein gelingendes und authentisches Leben mit den gegebenen Ressourcen und letztlich die innere Selbstschöpfung von Lebenssinn. Bürgerschaftliches Engagement schafft Möglichkeiten der Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung.

Eine zivilgesellschaftliche Perspektive verändert auch das Anforderungsprofil professioneller Tätigkeit im sozialen Feld (Böhnisch/Schröer 2002). Mit ihr wird auf die teilweise vernachlässigten Wurzeln der modernen Wohlfahrtsstaaten verwiesen, die im Zuge von wichtigen und unverzichtbaren professionellen Entwicklungen nicht selten verloren zu gehen drohen, obwohl sie unverändert für viele innovative sozialpolitische Impulse von hoher Bedeutung sind.

Im Folgenden wird der Einfluss des zivilgesellschaftlichen Diskurses auf sozialpolitische Lösungsstrategien und auf die Professionalisierung der Sozialen Arbeit untersucht, und es werden Anforderungen formuliert, die sich dabei aus der konsequenten Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Perspektive ergeben.

1.5 ANFORDERUNGEN AN EINE PROFESSIONELLE PSYCHOSOZIALE ARBEIT AUS ZIVILGESELLSCHAFTLICHER PERSPEKTIVE

Soziale Arbeit ist kein abstraktes Projekt, das unter allen denkbaren gesellschaftlichen Bedingungen nach dem immer gleichen Muster ablaufen könnte. Vielmehr muss sie mit ihren Zielen und Methoden ihrem »Gegenstand« immer wieder neu gerecht werden. Soziale Arbeit will Menschen bei ihren Versuchen unterstützen, die Anforderungen produktiv zu bewältigen, die ihre spezifische Lebenslage an sie stellt. Wer wollte bestreiten, dass die Umsetzung eines solchen Zieles in der Mitte des 19. Jahrhunderts etwas anderes bedeutete als heute am Beginn des 21. Jahrhunderts. In der Frühphase der Industrialisierung waren Ausbeutung und Verelendung der Menschen sowie ein vollständiges Fehlen sozialer Sicherungssysteme bestimmend; Soziale Arbeit war demzufolge ein Versuch, die größte Not von Menschen aufzufangen. Hier haben alle Wohlfahrtsverbände ihren Ursprung. In einer Mischung von Selbst- und Fremdhilfe sind Auffangnetze entstanden, die im Gefolge der Etablierung von gesetzlich verankerten sozialen

Sicherungssystemen und angeleitet durch das Subsidiaritätsprinzip ein stabiles Netz sozialer Hilfen für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen entwickelt haben.

Über eineinhalb Jahrhunderte hinweg haben sich institutionelle Muster der Wohlfahrtsproduktion herausgebildet. Wie alle Institutionen entfalten sie ihre eigene Bestands- oder Beharrungslogik sowie ihre eigenen Mythen und Selbstverständlichkeiten – die heute jedoch auf dem Prüfstand stehen, so wie das ganze Arsenal der Moderne: die Erwerbsarbeitsgesellschaft, der Nationalstaat, unser Verhältnis zur Natur, das Geschlechterverhältnis und auch unsere Vorstellungen von gelungener Identität. Wir sind auf dem Weg in eine neue gesellschaftliche Epoche, in der sich dramatische Veränderungen abzeichnen. Wir sind aber noch zu nah dran, als dass wir diesen Epochenbruch schon kühl-analytisch präzise benennen könnten.

Phasen gesellschaftlicher Veränderung spüren wir vor allem dadurch, dass die bislang als selbstverständlich angesehene Ordnung ihre Selbstverständlichkeit zu verlieren droht. Der Grundriss unseres Denkens und Handelns, der uns die Illusion einer unverrückbaren natürlichen Ordnung ermöglicht hat, ist nicht mehr selbstverständlich und allgemein gültig. In einer solchen Phase der Irritation werden die Grundprämissen der hinter uns liegenden gesellschaftlichen Epoche grundlegend in Frage gestellt – und müssen konsequenterweise auf den Prüfstand der kritischen Reflexion.

Anforderungen an die Soziale Arbeit

Zu den Grundannahmen Sozialer Arbeit gehörte die Vorstellung, dass wirksame psychosoziale Hilfe- und Dienstleistungen eine möglichst hoch entwickelte Professionalität der Leistungen verlangt. Gegenüber einem »Psychowildwuchs«, der sich in den 1970er- und 1980er-Jahren entwickelte und der einen teilweise fragwürdigen Markt eröffnet hat, war die Formulierung (hoher) professioneller Standards sinnvoll und notwendig. Aber die Vorstellung, dass eine immer bessere Qualität als Resultat einer fortschreitenden und möglichst durchgängigen Professionalisierung von Hilfeleistungen zu erwarten ist, wurde in den letzten Jahren vielfach – und nicht zuletzt von der Profession der Sozialen Arbeit selbst – in Frage gestellt:

- Eine wachsende Selbsthilfebewegung hat ihren kritischen Ausgangspunkt in einer häufig unzureichenden Passung und Reichweite professioneller Lösungsangebote. Selbsthilfegruppen entstehen oft aus erlebten Enttäuschungen mit sozialen Dienstleistungen und zeigen vielfach, dass Betroffene in Selbstorganisation für sich passendere Lösungen entwickeln können. Die Frage der Definitionshoheit über Ziele und Nutzen sozialer Unterstützung zwischen professionellem System und den Adressaten zieht sich nicht ohne Grund durch die konzeptionellen Diskurse Sozialer Arbeit in den letzten Jahren.
- Professionelle Lösungen können eine passive Haltung der Konsumentinnen und Konsumenten durch fertig geschnürte Hilfpakete fördern und erzeugen damit ein System der »fürsorglichen Belagerung«. Die Folge kann eine »Enteignung« von Problemlösungskompetenzen aufseiten der »Abnehmer« dieser »Fertigpakete« sein.

1

- Das professionelle System teilt mit allen komplexen institutionellen Geflechten ein hohes Maß an Eigenbezüglichkeit: Die Konkurrenz der unterschiedlichen Anbieter sowie die Zuständigkeitskämpfe der Professionen und Träger verbrauchen viele Ressourcen und es droht, die Orientierung an den alltäglichen Problemlagen der Adressaten aus dem Blick zu verlieren.
- Unter den Vorzeichen knapper werdender öffentlicher Ressourcen ist das in der Prosperitätsphase häufig praktizierte Prinzip der Qualitätsverbesserung durch Ausweitung des Hilfesystems an seine Grenzen gestoßen. Die Beantwortung der Qualitätsfrage bleibt nicht mehr in der Souveränität der professionellen Anbieter selbst und ihrer wissenschaftlichen Begleitforschung, sondern wird an externe Kriterien gebunden, die meist betriebswirtschaftlich ausgelegt sind.

Wenn diese kritischen Herausforderungen produktiv in der Sozialen Arbeit aufgenommen werden sollen, dann müsste sie von jenen basalen Prozessen ausgehen, die mit der genaueren Analyse alltäglicher Lebens- und Krisenbewältigung ins Zentrum rücken. **Eine zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit und der sie ermöglichenden Sozialpolitik ist die Herstellung bzw. die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität.** Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag, nennen wir es »Alltagssolidarität«. Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen Umgangs mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen und der individuellen oder mikrosozialen Bewältigung dieser Problemlagen: Welche Ressourcen können aktiviert werden, um mit ihnen möglichst effektiv umgehen zu können?

Bei der Erforschung dieser Prozesse ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. **Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik muss deshalb auch eine alltagsweltliche Förderung der sozialen Netzwerke der Betroffenen sein.** Die heute relevanten sozialen Netze sind in abnehmendem Maße geprägt von den »traditionellen Ligaturen«, also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Diese verlieren in dem tief greifenden Prozess gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen die »posttraditionale Ligaturen« oder »Gemeinschaften« wie Selbsthilfegruppen, selbstorganisierte Initiativen oder Freiwilligenagenturen. Sie stellen auch die »vermittelnden Strukturen« zwischen alltäglicher Lebenswelt und professionell-institutionellen Strukturen staatlicher Sozialpolitik dar.

Anforderungen an sozialpolitische Rahmungen

Leitlinien künftiger Sozialpolitik sollten Ergebnis einer kritischen Evaluation jener Lernprozesse sein, die in der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte enthalten sind. Fiskalpolitische Überlegungen sind dabei notwendig, aber sie können eine inhaltliche Leitbildformulierung für eine zu entwickelnde »Wohlfahrtsgesellschaft« nicht ersetzen (Dettling 1995).

Das **Leitbild einer Wohlfahrtsgesellschaft** sollte zum einen von dem Grundbedürfnis der Menschen ausgehen, »Subjekt des eigenen Handelns zu sein« (so Helmut Klages in: Körper-Stiftung 1993, S. 40), das in einer individualisierten Gesellschaft gewachsen ist. Zum anderen sollte das Prinzip kollektiver Sicherungssysteme grundlegend bleiben, um gesellschaftliche Existenzrisiken abzufedern. Aufgrund der Verknüpfung dieser beiden Prinzipien müssen auch die notwendigen sozialstaatlichen Leistungen neu gestaltet werden. Diese waren bislang individualisierte Kompensationsleistungen und sollten künftig vom **Grundsatz** bestimmt sein, **Lebenssouveränität zu ermöglichen und zu fördern**.

Die jetzt auf dem Prüfstand stehende wohlfahrtsstaatliche Ordnung lässt sich – sehr vereinfacht – als eine Geschichte rekonstruieren, die im 19. Jahrhundert aus unterschiedlichen weltanschaulichen Strömungen Antworten auf die sozialen Notlagen der sich formierenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu geben versuchte. Diese Ordnung hat sich in Verbindung mit einer staatlichen Sozialpolitik zu einem System entwickelt, das sich als quasinatürliches Erwartungsmuster in den Köpfen der anbietenden und nutzenden Gruppen verankert. Jedoch haben sich in den Jahrzehnten seiner Etablierung charakteristische Veränderungen vollzogen:

- Der Staat hat Rahmenbedingungen eingezogen und immer wieder verändert. Hier ist ein System sozialer Rechte entstanden, welche die Nutzenden gestärkt haben. Aus Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern wurden Bürgerinnen und Bürger mit Rechten.
- Eine zunehmende Professionalisierung sozialer Dienste hat zu einem hochdifferenzierten Dienstleistungssystem geführt, das zunehmend an die Stelle eines wertgebundenen Laienhandelns getreten ist.
- Wohlfahrtsverbände sind zunächst zu parastaatlichen Organisationen geworden, die sich allerdings zunehmend als Marktanbieter verstehen und mit dieser Marktorientierung auch einem Prozess der »Verbetriebswirtschaftlichung« unterworfen sind.
- Die Milieus, aus denen sich soziales Engagement ergeben hat und von einer Generation an die nächste weitergegeben wurde, haben sich verändert und fallen teilweise als Rekrutierungsfelder für ehrenamtliches Handeln aus.
- Die Marktorientierung und die teilweise Entfremdung vom eigenen Ursprungsmilieu haben bei den Wohlfahrtsverbänden zu einem widersprüchlichen Verhältnis in Bezug auf zivilgesellschaftliche Entwicklungen geführt (so sind beispielsweise Selbsthilfeorganisationen, Nachbarschaftshilfen oder Mütterzentren gegenüber den hochprofessionalisierten Diensten weniger anerkannt worden).
- Die Wohlfahrtsentwicklung ist deutlich abgebremst, und teilweise verläuft sie im »Rückwärtsgang«, was einerseits die Ökonomisierung verstärkt hat, andererseits zur Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln und zur »Neu«entdeckung des Ehrenamts führte.
- Das klassische Ehrenamt lässt sich aber nicht reanimieren, sondern erweist sich in der Gestalt des bürgerschaftlichen Engagements als ein zivilgesellschaftliches Potenzial, das die

1

Wohlfahrtsverbände herausfordert und von ihnen nur durch eine tief greifende, innere Reform gebunden werden kann.

- Das zivilgesellschaftliche Potenzial lebt von der Idee des *Citoyen*², der sich in die Gesellschaft einmischen will und von einem wertegeleiteten Handeln bestimmt ist. Er will sich vom *Bourgeois*³ unterscheiden, der sich vornehmlich an Gewinnchancen auf den Märkten ausrichtet.
- Eine zivilgesellschaftliche Perspektive wohlfahrtsstaatlichen Handelns braucht ein Menschenbild, das nicht von der ökonomischen Verwertbarkeit des Menschen ausgeht, sondern von seiner bedingungslosen Würde und vom Respekt, den jedes menschliche Wesen daraus erwarten kann.

Die psychosoziale Praxis greift diese Forderungen mit entsprechenden Konzepten auf:

Soziale Arbeit heute will als gesellschaftliches Projekt Subjekte bei einer produktiven Lebensbewältigung unterstützen. Anders als in traditionellen Wohlfahrtssystemen, die Subjekte als »Kinder in Not« konstruierten und dabei versuchten, sich schützend vor sie zu stellen, seien diese als »Bürger mit Rechten« anzusehen, so der amerikanische Gemeindepsychologe Julian Rappaport (1981); ausgehend von dieser Haltung entwickelte er ein Grundkonzept Sozialer Arbeit, das er *Empowerment* nannte.

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland erfolgte in der Jugendhilfe zu Beginn der 1990er-Jahre – einer Phase massiver gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse, die zu gravierenden Veränderungen im Alltag und im Lebensverlauf der Menschen führte. Die Jugendhilfe reagierte darauf in ihrem *Achten Kinder- und Jugendbericht* sowie durch die Neufassung des *Kinder- und Jugendhilfegesetzes* (KJHG) mit gesetzlichen Grundlagen und Konzepten, die die Lebenswelt von Kindern, Heranwachsenden und Familien in den Mittelpunkt rückte und sich die Schaffung positiver Lebensbedingungen zum Ziel setzte. Strukturmaximen und gemeindepsychologische Konzepte wie *Prävention*, *Partizipation*, *Empowerment* und *Selbsthilfe* wurden in der Sozialen Arbeit zu neuen Handlungsleitlinien und erforderten eine Umorientierung in der Haltung gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern.

Doch verlaufen Änderungen der Haltung sowie eine Umsetzung in der Praxis nicht unbedingt zeitgleich mit der konzeptionellen Neuausrichtung. Schaut man sich die Praxis Sozialer Arbeit genau an, dann befinden wir uns allenfalls auf dem Weg dahin, auf dem Anspruch und Wirklichkeit zum Teil weit auseinander klaffen können. In den aktuellen Diskussionen um eine stärkere Evidenzbasierung Sozialer Arbeit beispielweise scheint sich eine hoch entwickelte Professionalität mit standardisierten und schnell umsetzbaren Handlungskonzepten mehr und mehr in den Vordergrund zu drängen. Dabei kann das Engagement Freiwilliger auch leicht als »Störfaktor« empfunden werden.

Es stellt sich also die Frage, wie lebensweltliche und partizipative Handlungsmaxime fest verankerter Bestandteil eines professionellen Selbstverständnisses der Sozialen Arbeit und des

2 Franz.: »Staatsbürger«.

3 Franz.: »Großbürger« (wohlhabender Angehöriger der nicht adligen Oberschicht).

sie bedingenden Wohlfahrtssystems werden und vor allem bleiben können. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in der Praxis psychosozialer Arbeit weit verbreitet, doch es verändert sich auch (vgl. Kasten S. 23 f). Ein produktives, sich ergänzendes Zusammenspiel von Freiwilligen und Fachkräften muss deshalb aktiv gestaltet werden und bedarf konkreter Handlungskonzepte.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT – EINE EMPIRISCHE BILANZ

Die drei 1999, 2004 und 2009 durchgeführten repräsentativen *Freiwilligenerhebungen* haben einen guten empirischen Überblick zum bürgerschaftlichen Engagement in der Bundesrepublik ermöglicht.

Der *Freiwilligensurvey* von 1999 (von Rosenblatt 2000) hat gezeigt, dass zu dem bereits hohen Niveau von etwa einem Drittel der Bevölkerung (34%), die sich engagieren, ein weiteres gutes Viertel (26%) hinzukommt, das am Engagement interessiert ist. Die Daten aus dem zweiten (Gensicke u.a. 2006) und dritten *Freiwilligensurvey* (Picot 2010) belegen zudem, dass sich das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement erhöht hat.

Folgende Bilanz zum Freiwilligenengagement lässt sich auf der Basis der empirischen Forschung anhand der drei vorliegenden Erhebungen ziehen:

1. Das freiwillige Engagement geht nicht zurück, sondern unterliegt einem charakteristischen Wandel: Weg von dem klassischen Ehrenamt, das seinen »Nachschub« aus traditionsreichen sozialen und weltanschaulichen Milieus bezogen hat, hin zu einem Engagement, das sich aus Motiven einer selbstbestimmten Lebensführung speist.
2. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die über Jahre die höchsten Engagement-Raten zeigten, stagniert das Engagement, während es bei den älteren Bevölkerungsgruppen deutlich ansteigt. Die Verdichtung der Bildungsgänge (von G9 zu G8 und die Einführung der Bachelorstudiengänge) nimmt Heranwachsenden selbstbestimmte Zeitressourcen, was die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement reduziert.
3. Die »Anlagesphären« für das vorhandene soziale Kapital verändern sich als Konsequenz dieses Motivwandels. Weil sich Menschen mit ihrem Engagement nicht mehr selbstverständlich in den vorhandenen Strukturen von Politik und Organisationen verorten wollen, bedarf es neuer Handlungsangebote. Da diese noch nicht existieren, gibt es ein »frei flottierendes Potential an Gemeinsinn«, ein »brachliegendes Potential« oder – noch dramatischer in der Formulierung – eine »riesige 'schlafende Ressource'« (Klages/Gensicke 1999), die offensichtlich weiter gewachsen ist.

1

4. Die Idee einer entwickelten Zivilgesellschaft braucht eine bürgernahe »Erdung« und Realisierung. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement kann am ehesten im kommunalen Raum praktiziert werden, und deshalb müssen entsprechende Förderstrukturen in den Gemeinden entwickelt werden (vgl. dazu Keupp 2003).

1.6 ZUM VERHÄLTNIS VON BÜRGERSCHAFTLICHER UND PROFESSIONELLER TÄTIGKEIT – EIN ZWISCHENFAZIT

Im Anschluss an die dargestellten begrifflichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen im Verständnis von Zivilgesellschaft möchten Autorin und Autor folgende Einordnungen vornehmen:

Umfassend und für die Praxis anschlussfähig erscheint folgende Definition von Freiwilligenengagement, welche sich das *Forum Bürgerschaftliches Engagement* in München im November 2000 erarbeitet hat:

»Bürgerschaftliches Engagement ist der selbstbestimmte und zielgerichtete Einsatz für nachhaltige Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen. Es reagiert auf individuelle und gesellschaftliche Herausforderungen und versteht sich als Ergänzung zu staatlichem Handeln.

Bürgerschaftliches Engagement eröffnet kreative und gemeinschaftliche Lösungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durch die Verbindung von Eigeninitiative und sozialer Verantwortung.

Bürgerschaftliches Engagement umfasst Freiwilligenarbeit, Ehrenämter, Selbsthilfe, Bürgerinitiativen und selbstorganisierte Projekte. Es lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten.

Bürgerschaftliches Engagement basiert auf demokratischen Grundregeln und Toleranz. Es ist angewiesen auf öffentliche Anerkennung, auf rechtliche, strukturelle und finanzielle Förderung sowie entsprechende Rahmenbedingungen.«⁴

Eine konsequente zivilgesellschaftliche Ausrichtung psychosozialer Arbeit erfordert, das Verhältnis von professioneller und bürgerschaftlicher Tätigkeit kritisch zu reflektieren:

1. Professionalität in der Sozialen Arbeit erweist sich nicht in einem Anspruch der Allzuständigkeit in der Lösung und Bewältigung von sozialen Problemlagen, der oft bei Bürgerinnen und Bürgern zu der Erfahrung der »Enteignung« von ihren Lösungskompetenzen führt. Professionelles Handeln soll Menschen vielmehr im Sinne des Empowerment-Prinzips zu Eigenständigkeit und Selbstsorgekompetenz ermutigen und befähigen. Das bedeutet: Statt Enteignung geht es um Stärkung des Vertrauens in die Selbstsorgekompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern.
2. Professionelles Handeln sollte sich an dem Leitbild der Gesundheitsförderung der *Ottawa-Charta* der *Weltgesundheitsorganisation* (WHO) orientieren. In ihr drückt sich das salutogenetische Prinzip aus: Die Stärkung von alltäglicher Lebenssouveränität durch Befähigung zur Selbstsorge und durch eine Sozial- und Gesellschaftspolitik, die die strukturellen Bedingungen für gelingende Selbstsorge schafft.
3. Bürgerschaftliches Engagement steht – im Sinne des Selbstsorgegedankens – für die Bereitschaft und den Anspruch von Bürgerinnen und Bürgern, »Subjekt des eigenen Handelns« zu sein oder zu werden. Das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland ist hoch, aber es bedarf einer nachhaltigen Unterstützung durch soziale Organisationen und Professionen.
4. Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben sozialer Arbeit und ihrer institutionellen Handlungsmuster, das bürgerschaftliche Engagement sowie die innovative Freiwilligenkultur zu fördern – das heißt:
 - Schaffung partizipativ geöffneter Institutionen,
 - Entwicklung einer stimulierenden »Anerkennungskultur« für engagierte Bürgerinnen und Bürger,
 - Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination,
 - Fort- und Weiterbildung von Freiwilligen.
5. Professionelle Soziale Arbeit sollte schwerpunktmäßig soziales Kapital bei jenen Bevölkerungsgruppen fördern, die sich als marginalisiert erleben und deren materielle, soziale und psychische Ressourcen nicht ausreichen, um aus eigener Kraft ihr Leben in Selbstsorge zu bewältigen.
6. Bei der finanziellen Förderung von sozialen Organisationen sollte deren Bereitschaft und Erfolg bei der Gewinnung und Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement zu einem Qualitätskriterium werden.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus diesen allgemeinen Einordnungen zur Freiwilligenarbeit in der psychosozialen Praxis für das Feld der Frühen Hilfen ziehen?

1

1.7 FREIWILLIGENENGAGEMENT IN DEN FRÜHEN HILFEN ZWISCHEN PRÄVENTION, EMPOWERMENT UND FAMILIENSELBSTHILFE

Nachdem nun der zivilgesellschaftliche Rahmen entfaltet wurde, stellt sich die Frage, wie Ansätze Früher Hilfen darin eingepasst werden können.

Frühe Hilfen unter zivilgesellschaftlicher Perspektive umfassen mehr als den Auf- und Ausbau von Ehrenamtsstrukturen, vielmehr ist die Bandbreite von ehrenamtlichem, bürgerschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement im Bereich der frühen Förderung und Unterstützung von Kindern und ihrem Familien groß: Neben dem freiwilligen Engagement für andere gibt es das Engagement in eigener Sache, beispielsweise in Form von Selbsthilfeaktivitäten. Das Schaffen von Gelegenheitsstrukturen für Selbstorganisation wie auch das professionelle Anstoßen von Empowerment-Prozessen und Initiieren von sozialen Netzwerken sind weitere Aspekte einer zivilgesellschaftlichen Perspektive in den Frühen Hilfen.

Dabei kristallisieren sich drei Felder heraus, in denen jeweils eine spezifische Architektur zivilgesellschaftlichen Engagements sowie professioneller Initiierung, Begleitung und Koordination erkennbar ist. Folgende Typologie kann hier einen Ordnungsrahmen liefern:

- 1) **Präventionsprojekte, die von Hauptamtlichen geplant und durchgeführt werden und die ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ausbilden und einsetzen.** Sie haben der Präventionslogik entsprechend meist einen universell-präventiven Anspruch (vgl. Kap. 1.2), können jedoch – mehr oder weniger explizit – auf spezifische Bedürfnisse oder Risikolagen des Aufwachsens ausgerichtet sein. Die Unterstützung durch Freiwillige zielt auf eine niederschwellige alltagspraktische Begleitung und Entlastung von Familien sowie auf eine Erweiterung ihres sozialen Beziehungsnetzes ab. Zu diesem Typus zählen beispielsweise Projekte wie *Wellcome* (Brendel/Wagenblast 2011; Stürmer/Trötschel 2006a, 2000b), *Familienpaten* (Bergold u.a. 2013; Liebhardt u.a. 2013; NZFH 2015) oder auch das internationale Programm *Home Start* (Shinman 2008).
- 2) Durch **Fachkräfte angeregte und begleitete Projekte und Programme**, die im Sinne des **Empowerment-Prinzips** Eltern und Familien zu Selbsthilfeaktivitäten anregen und ermutigen sowie die dafür förderlichen Rahmenbedingungen absichern wollen. Diese sind in der alltäglichen Lebenswelt von Familien angesiedelt und partizipativ ausgerichtet. Im Zentrum dieses Typus steht die Stärkung der Elternkompetenz durch Selbstorganisation und gemeinsame Suchprozesse zu Fragen der Erziehung oder Versorgung von Kindern, von der eine salutogene Wirkung auf die kindliche Entwicklung erwartet wird. Zu nennen sind hier Projekte wie *Elterntalk* (Aktion Jugendschutz/IPP 2012), *Eltern-AG* (Armbruster/Thiemann 2013) oder *Familienrat* (Früchtel/Hampe-Grosser 2010).
- 3) **Familienselbsthilfe schafft komplexe sozialraumbezogene Angebote**, die in ihrer Entstehung und in ihren Abläufen weitgehend als **selbstaktive Handlungsfelder** bestimmt werden können.

In diesem Typus initiieren Freiwillige nichttraditionelle Begegnungs- und Arbeitsformen als Ergänzung zu gewachsenen sozialen Beziehungen oder auch als Reaktion auf defizitäre Versorgungsstrukturen. Derartige Projekte sind nicht ausschließlich auf die frühe Kindheit und ihr familiäres Setting ausgerichtet, sondern haben meist den gesamten Familienzyklus im Blick. Mit ihrer nachhaltigen Institutionalisierung werden auch professionelle Akteure einbezogen, die aber nicht handlungsdominant werden bzw. keine fachliche Deutungshoheit für sich beanspruchen dürfen. Freiwilliges und professionelles Engagement sollen vielmehr aufeinander abgestimmt und gleichberechtigt erbracht werden. Zu diesem Typus gehören *Selbsthilfegruppen mit Familienbezug* (Thiel 2013; NAKOS 2013) und *Elterninitiativen* wie beispielsweise von Familien mit behinderten oder chronisch erkrankten Kindern (Behringer 2001) sowie *Nachbarschaftshilfen, Mütter- und Familienzentren* und *Mehrgenerationenhäuser* (Binne u.a. 2014).

Alle drei Typen sind in einem Kontinuum von Gesundheitsförderung, universeller Prävention bis hin zu selektiver oder indizierter Prävention anzusiedeln (vgl. Kap. 1.2): Sie zielen sowohl darauf ab, Lebensbedingungen für Familien und Kinder zu verbessern als auch allen Familien sowie Familien in Belastungssituationen frühzeitig Unterstützung zukommen zu lassen, um zu einer gesunden Entwicklung der Kinder beizutragen. Eine Zuordnung ist jedoch oft nicht eindeutig zu treffen, da Übergänge fließend sind, beispielsweise wenn im Rahmen alltagspraktischen Unterstützungsbedarfs Risikolagen in den Familien aufscheinen, wenn sich Empowerment-Projekte auch an sozial benachteiligte Familien richten, wenn Eltern behinderter Kinder in Selbsthilfegruppen an einer Verbesserung ihrer Lebenssituation arbeiten oder wenn Familienzentren auch Angebote und Raum für hoch belastete Familien bereitstellen. Dieser Übergänge sollten sich Fachkräfte, die in diesen Feldern tätig sind, bewusst sein, um freiwilliges Engagement nicht mit einem impliziten oder gar expliziten Kontrollauftrag zu versehen, sondern die Partizipation und Begleitung zu gewährleisten, die erforderlich sind, damit sich das Potenzial freiwilligen Engagements entfalten kann.

Gleichzeitig sollten von solchen Unterstützungsangeboten auch Familien in belasteten Lebenslagen profitieren können. Eine sorgfältige Abstimmung mit möglichen notwendigen professionellen Hilfen erscheint dabei erforderlich.

Entsprechend der Begriffsbestimmung des NZFH umfassen *Frühe Hilfen* »vielfältige sowohl allgemeine als auch spezifische, aufeinander bezogene und einander ergänzende Angebote und Maßnahmen. Grundlegend sind Angebote, die sich an alle (werdenden) Eltern mit ihren Kindern im Sinne der Gesundheitsförderung richten (universelle/primäre Prävention)« (Beirat des NZFH 2009). In diesem Bereich zeigt sich das Potenzial von Freiwilligen am deutlichsten und ist wohl auch am wenigsten umstritten. Freiwillige übernehmen alltagspraktische Aufgaben, wie sie auch in einer gelebten Nachbarschaft oder unter Verwandten oder Freunden üblich sind: Stundenweise Kinderbetreuung, den Eltern zuhören, Tipps für den Haushalt oder

1

Gespräche über Erziehungsthemen, Begleitung bei Behördengängen oder zu Elterntreffen sind hier von Bedeutung.

Diese Unterstützungsleistungen übernehmen allesamt Aufgaben und Funktionen, wie sie sozialen Netzwerken insgesamt zugeschrieben werden. Dies gilt gleichermaßen für natürliche Netze von Freunden, Verwandten und Bekannten als auch für künstliche Netze wie Selbsthilfegruppen. In der Literatur werden diese Funktionen Sozialer Netzwerke beschrieben als *materielle Hilfe und Dienstleistung* (Kinderbetreuung), *emotionale Unterstützung* (Zuhören), *kognitive Orientierung* (Tipps und Informationen), *Vermittlung sozialer Kontakte* (Begleitung zu Elterngruppen) sowie *soziale Regulation* (Unterstützung bei der Aufrechterhaltung von Routinen) (Keupp 1988). Diese Funktionen erfüllen natürliche und künstliche Netze, wie Selbsthilfegruppen oder Freiwilligenprojekte, gleichermaßen.

Gemäß der Definition des NZFH-Beirates wenden sich Frühe Hilfen insbesondere an Familien in Problemlagen (selektive/sekundäre Prävention) (Beirat des NZFH 2009). Werden Freiwillige in Familien mit spezifischen Belastungen tätig, so gelten für sie im Prinzip die gleichen Aufgaben, der Kern von Freiwilligenarbeit bleibt bestehen. Freiwillige tragen zu einer Entlastung der Familien in alltäglichen Situationen und in diesem Rahmen auch zur Reduzierung der Risiken für das Wohl des Kindes bei. Gleichzeitig muss aber sichergestellt sein, dass hier zusätzlich eine Unterstützung durch hauptamtliche Fachkräfte erfolgt, die Eltern in ihrer Erziehungs- und Beziehungskompetenz unterstützen, die Entwicklung des Kindes sicher im Blick haben sowie ein tragfähiges Unterstützungsnetz für die Familie knüpfen.

Die Zielsetzung, wer mit den Angeboten einer Unterstützung durch Freiwillige erreicht werden soll und welche Aufgaben dabei sinnvoll zu übernehmen sind, muss deshalb vorab genau geklärt werden: Welche Form der Unterstützung kann gerade von Freiwilligen besser geleistet werden als von Professionellen? Unter welchen Bedingungen und in welchen Konstellationen ist – zusätzlich oder ausschließlich – professionelles Engagement in den Familien erforderlich? Wie kann bei Bedarf an Fachkräfte übergeleitet werden, wenn Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls erforderlich sind?

Der hauptamtlichen Koordination von Freiwilligen kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu.

Im freiwilligen Engagement, sowohl in den Präventionsprojekten als auch in der Selbsthilfebewegung, kommt eine eigene lebensweltliche Kompetenz, eine spezifische Qualität alltäglicher Unterstützung zum Ausdruck, wie sie von Fachkräften nicht geleistet werden kann. Dies ist ein wichtiger Baustein in der Zivilgesellschaft, um das Gemeinwesen mitgestalten zu können. Das Potenzial freiwilligen Engagements in den Frühen Hilfen erschöpft sich nicht in einer »Billiglösung« für die Arbeit mit Familien, wie es den Projekten oft attestiert wird, im Gegenteil: Damit sich die Kompetenz von Freiwilligen entfalten kann, ist eine gute professionelle Koordination, die sie begleitet und die Verknüpfung zum Netzwerk Früher Hilfen herstellt, unabdingbar. Hauptamtliche Koordinatorinnen und Koordinatoren stehen für die Freiwilligen

mit ihren Fragen oder auch Sorgen beratend zur Verfügung und sie tauschen sich mit weiteren einbezogenen Fachdiensten über die Möglichkeiten und Sinnhaftigkeit des Einsatzes von Freiwilligen aus (zum Anforderungsprofil von Koordinatorinnen und Koordinatoren vgl. Kap. 2.2.2).

Fehlt professionelle Koordination oder ist diese mit zu wenigen Ressourcen ausgestattet, besteht die Gefahr, dass die Freiwilligen sich überfordern und in den Familien Grenzen überschreiten oder bei anderen Akteuren im Netzwerk Frühe Hilfen nach Unterstützung suchen. Damit sind Widerstände vonseiten der Fachkräfte sowie eine kritische Haltung gegenüber Freiwilligen vorprogrammiert. Vorbehalte, dass die Freiwilligen die Hilfe auch zur eigenen Problembewältigung missbrauchten, werden damit befördert (Gehrmann u.a. 2008). Eine derartige Einschätzung findet sich zum Teil auch bei Fachkräften in den Frühen Hilfen, wenn sie freiwillig Engagierten eine spezifische psychische Struktur attestieren und sie als sehr anstrengend, übergriffig, überfordert und fordernd erleben.⁵ Solche Motivlagen und Persönlichkeiten mögen bei Freiwilligen durchaus anzutreffen sein, können jedoch nicht verallgemeinert werden. Eine derartige Problematik wird bei Freiwilligen viel stärker thematisiert und problematisiert als bei Fachkräften, die nach Wolfgang Schmidbauer (1977, 1983) vergleichbare Motivationen aufweisen können. Umso wichtiger erscheint es, Freiwillige in den Familien in ausreichender und qualifizierter Weise durch hauptamtliche Fachkräfte zu begleiten.

5 Derartige Aussagen wurden im Zuge der Recherchearbeiten der Autorin und des Autors mehrmals von Fachkräften geäußert.

2

FREIWILLIGENARBEIT PROFESSIONELL BEGLEITEN

In diesem Kapitel werden etablierte Schnittstellen zwischen Fachdiensten und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgezeigt. Dabei wird auf Modelle von Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination Bezug genommen und es werden Qualitätsanforderungen an Trägereinrichtungen sowie an Fachkräfte, die mit der Freiwilligenkoordination betraut sind, beschrieben.

2.1 ETABLIERTE SCHNITTSTELLEN ZWISCHEN FACHDIENSTEN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN AKTEUREN

Die Landschaft ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements ist ein vielfältiges und breit gefächertes Feld mit jeweils spezifischer Architektur und unterschiedlichen Anteilen professioneller Beteiligung bzw. Initiierung. Neben den erwähnten Präventionsprojekten mit Freiwilligen, die von Hauptamtlichen geplant und koordiniert werden, gehören auch professionell-begleitete Programme, die Eltern und Familien zur Selbstorganisation anregen, sowie Formen der Familienselbsthilfe und Nachbarschaftshilfen zum Spektrum der Freiwilligenarbeit (vgl. Kap. 1.7).

Selbsthilfe entsteht jedoch nicht unbedingt von selbst, und auch Freiwilliges Engagement ist nicht selbstverständlich, sondern muss organisiert, koordiniert und unterstützt werden. Bereits seit vielen Jahren, teils Jahrzehnten, haben sich im Feld des bürgerschaftlichen Engagements spezifische Schnittstellen und Strukturen in Form von Selbsthilfekontaktstellen (2.1), Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren (2.2) sowie Fachbereichen in den Trägerverbänden (2.3) etabliert, die über großes Erfahrungswissen und praktische Expertise in der Zusammenarbeit mit Freiwilligen verfügen und die den Einzelnen oder Gruppen als Anlaufstellen dienen.

2.1.1 EINRICHTUNGEN DER SELBSTHILFEUNTERSTÜTZUNG

Damit Selbsthilfe im Gesundheits- und Familienbereich entstehen kann, bedarf es einer Unterstützung oder eines Katalysators der Selbsthilfebestrebungen. Diese Funktion übernehmen Selbsthilfekontaktstellen, die als eigenständige Einrichtung oder im Rahmen einer institutionellen Nebenaufgabe (z.B. Krankenkassen, Gesundheitsämter) ein breites Spektrum von Leistungen der Information, Beratung und Unterstützung anbieten sowie eine Vernetzung der Selbsthilfeinitiativen fördern. Das Spektrum umfasst beispielsweise Informationen über bestehende Gruppen, Beratung bei Gründungsfragen, Bereitstellung von Infrastruktur (wie Räume oder Medien), Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung bzw. Mitwirkung in Gremien (wie Stadtteilkonferenzen, Kinder- und Jugendhilfeausschüsse oder Lokale Bündnisse für Familie). Um neben institutionalisierten Kontaktstellen alle Formen professioneller Selbsthilfeunterstützung einzuschließen, verwendet die *Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen* (NAKOS 2013) den etwas sperrigen Begriff »Selbsthilfeunterstützungseinrichtungen«.

Selbsthilfegruppen, die im Rahmen der Frühen Hilfen von Belang sind, haben zum größten Teil einen Bezug zu Gesundheitsfragen, etwa zu chronischen Erkrankungen oder einer Behinderung des Kindes. Auch wenn das Netz frühzeitiger Unterstützung inzwischen gut ausgebaut ist und für die ersten Lebensjahre bewährte Einrichtungen der Beratung und Begleitung, wie Frühförderstellen⁶, oder auch neuere Angebotsformen durch Familienhebammen oder Gesundheits-Familien- und Kinderkrankenpflegekräfte zur Verfügung stehen, enthält der Austausch mit anderen Eltern eine eigene Dimension von Qualität. Beispielsweise können sich Eltern durch die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen anderer Eltern bei der Bewältigung der Diagnose einer Behinderung ihres Kindes auf eine eigene Weise gegenseitig stärken, indem sie das Erleben von Kränkungen, Trauer und Selbstvorwürfen, aber auch von Freude an und mit ihrem Kind miteinander teilen.

Der Austausch von Erfahrungen hilft den Eltern, wieder Hoffnung zu schöpfen, was die Entwicklung des eigenen Kindes anbelangt. Gerade in Familien mit einem kranken oder behinderten Kind ist der Beziehungsaufbau zwischen Eltern und Kind erschwert, und die Erfahrungen anderer betroffener Eltern können dazu beitragen, offener und zuversichtlicher auf das eigene Kind einzugehen. Das Wissen um das Unterstützungspotenzial von Selbsthilfegruppen für Familien mit einem Kind mit Behinderung oder chronischer Erkrankung sollte dementsprechend im Netzwerk Frühe Hilfen verfügbar sein. Doch auch andere Formen der Familien-selbsthilfe, wie beispielsweise Gruppen von Einzelternfamilien, können als wichtige Ressource wirken.

Sind Selbsthilfekontaktstellen in das Netzwerk einbezogen, können niederschwellige Zugangswege zu Elternselbsthilfegruppen ermöglicht werden.⁷ Insbesondere erscheint die systematische Zusammenarbeit der Koordinatorinnen und Koordinatoren von Elternselbsthilfegruppen mit den Fachkräften der aufsuchenden Gesundheitshilfen und mit der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen sinnvoll.

2.1.2 FREIWILLIGENAGENTUREN UND FREIWILLIGENZENTREN

Freiwilligenagenturen oder Freiwilligenzentren sind zu verstehen als Koordinierungszentren, die das bürgerschaftliche Engagement fördern, indem sie Institutionen, Vereine oder interessierte Bürgerinnen und Bürger informieren und beraten und damit verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu freiwilligem Engagement fördern. Sie sind träger- und zielgruppenübergreifend tätig, regen den Austausch zwischen aktiven Freiwilligen an und unterstützen Verbände und Initiativen bei allen Fragen zum freiwilligen Engagement, einschließlich der Qualifizierung von Fachkräften in Institutionen, die das Freiwilligenmanagement oder die Koordination übernehmen.

2012 gab es in Deutschland circa 400 Freiwilligenagenturen, wobei der Ausbaustand in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ist. Die Aufgaben der Freiwilligenagenturen erstrecken sich (nach Krell 2012) insgesamt auf folgende Bereiche:

- 6 Zur Rolle der Frühförderung in den Frühen Hilfen vgl. Weiß 2013.
- 7 Ein Beispiel aus dem Landkreis Miesbach zeigt, wie Elternselbsthilfegruppen in das Netzwerk und in den örtlichen Wegweiser für junge Familien integriert werden können: www.landkreis-miesbach.de/media/custom/1871_212_1.PDF?1389617956 (01.02.2015).

2

- Engagement-Beratung, das heißt: Information und Beratung interessierter Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten des Engagements in ihrem lokalen Umfeld
- Beratung von gemeinnützigen oder gemeinwohlorientierten Organisationen zum Einsatz von Freiwilligen, den notwendigen Rahmenbedingungen und der Koordination sowie Begleitung der Koordinatorinnen und Koordinatoren
- Projektarbeit zur Bearbeitung lokaler Problemlagen in neuen Formen der Kooperation von Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft sowie neuen Zielgruppen
- Qualitätsentwicklung durch Beratung und Weitergabe erfahrungsorientierten Wissens sowie Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Kooperation mit Freiwilligen und Organisationen
- Fortbildung für Freiwillige, beispielsweise Einführungskurse oder Schulungen für bestimmte Projekte sowie für die Freiwilligenkoordination in Initiativen und Organisationen
- Lobbyarbeit zur Erhöhung der Aufmerksamkeit und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements durch Einmischung in (kommunal-)politische Diskussionen sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen (wie Freiwilligen-Messen)
- Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Information über Möglichkeiten des Engagements, der Werbung und der Berichterstattung in den Medien
- Netzwerkarbeit zur Förderung des Austauschs und der Kommunikation von Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft mit dem Ziel der Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Freiwilligenzentren als »Entwicklungsagentur und Kompetenzzentrum für bürgerschaftliches Engagement« (ebd., S. 83) stellen eine wichtige Ressource für die Arbeit von Freiwilligenprojekten in den Frühen Hilfen dar; dabei erscheinen systematische Kooperationen sinnvoll. Insbesondere bei der Qualifizierung der Koordinatorinnen und Koordinatoren von freiwilligem Engagement in den Frühen Hilfen, aber auch bei der Gewinnung von Freiwilligen, ist zu fragen, ob die Expertise von Freiwilligenagenturen noch stärker als bisher genutzt werden könnte.

2.1.3 FREIWILLIGENARBEIT BEI WOHLFAHRTSVERBÄNDEN UND IN KOMMUNEN

Wohlfahrtsverbände und Kommunen sehen mittlerweile die Mitwirkung von freiwillig Engagierten als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeit. Es ist ein wichtiger Bereich zusätzlicher, ergänzender und unterstützender Angebote, dem eine besondere Qualität und ein besonderes Potenzial von Unterstützung eigen sind. Um dieses Potenzial zu fördern und freiwillig Engagierte nicht zu überfordern, setzen sie zunehmend auf qualifizierte Koordinatorinnen und Koordinatoren; diese sollen eine produktive Integration von Freiwilligen in die Institution gewährleisten.

Immer mehr Trägerverbände setzen auf strategisches Freiwilligen-Management und haben selbst zu diesem Zweck Handbücher, Werkbücher oder Manuale entwickelt, die den Einrich-

tungen vor Ort eine professionelle Grundlage zur Einbindung und Mitwirkung Freiwilliger bietet. Beispiele dafür sind das *Werkbuch Freiwilliges Engagement* vom SOS-Kinderdorf e.V. (2011), das *Handbuch Ehrenamtskoordination* des Deutschen Roten Kreuzes (2013) oder das *Handbuch für die Freiwilligenarbeit* von der Lebenshilfe (2007).

Werden von Trägerverbänden oder Einrichtungen vor Ort spezifisch für die Frühen Hilfen Freiwilligenprojekte initiiert, so bedarf es qualifizierter Koordinatorinnen und Koordinatoren. Diese übernehmen eine Vermittlungsfunktion zwischen den Freiwilligen, der Familie, der Trägereinrichtung und auch den Koordinierungskräften des regionalen Netzwerks Frühe Hilfen und stehen gegebenenfalls in Kooperation mit dem örtlichen Freiwilligenzentrum. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Parallelstrukturen geschaffen werden in einem Feld vielfältiger professioneller und bürgerschaftlicher Netzwerke, in dem sie leicht den Überblick verlieren könnten. Auch daraus ergibt sich der dringende Bedarf einer Qualifizierung von Koordinierungskräften, aber auch eine strategische Entscheidung der Einrichtung, wie die Mitwirkung von Freiwilligen generell gestaltet werden soll.

2.2 FACHLICHE ANFORDERUNGEN AN FREIWILLIGEN-MANAGEMENT UND FREIWILLIGENKOORDINATION

Freiwilliges Engagement bedarf eines professionellen Managements und der qualifizierten Koordination, um diese Form der Unterstützung zu stärken und vor Überforderung zu schützen. Grundlage dafür ist eine spezifische Fachlichkeit von Koordinierungskräften. Dies gilt in besonderem Maß für die Frühen Hilfen mit ihrem Auftrag, auch Risiken für die Entwicklung des Kindes frühzeitig zu erkennen und zu reduzieren (vgl. Kap. 3). Je nach konkretem Einsatz- oder Mitwirkungsbereich der Freiwilligen entstehen spezifische Aufgaben für die Koordination.

Da bislang nur wenige evaluierte Projekte mit Freiwilligen aus den Frühen Hilfen vorliegen, können Kompetenzprofile aus anderen Arbeitsfeldern sowie Curricula zu Weiterbildungen im Bereich des professionellen Managements von Freiwilligen genutzt werden, um Kriterien für eine Qualifizierung abzuleiten. Die bundesweit existierenden Qualifizierungsbörsen bis hin zu Freiwilligenakademien haben inzwischen hochkarätige Angebote und Curricula der Qualifizierung sowie Kriterien eines gelingenden Freiwilligenmanagements entwickelt (Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland 2014; Beratergruppe ehrenamt 2012; Kegel/Reifenhäuser 2009; Kegel/Reifenhäuser/Schaaf-Derichs 2004a, 2004b). Über unterschiedliche Praxisansätze hinweg werden im Folgenden Anforderungen herausgearbeitet, die für das Management und die Koordination von Freiwilligenarbeit grundlegend sind.

Dabei wird zwischen einer **operativen** und einer **strategischen Ebene** im Freiwilligenengagement unterschieden. Der operativen Ebene der Koordination geht eine strategische Entscheidung der Organisation zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements als systemati-

2

schem Bestandteil der Organisationsentwicklung voraus. Das bedeutet nicht nur, mit bürgerschaftlich Engagierten zusammenzuarbeiten und ihren Einsatz zu koordinieren, sondern auch, partizipative Strukturen zu schaffen, damit die Beteiligung Engagierter an internen Organisationsabläufen und Entscheidungen gesichert werden kann (Kegel 2012).

Das von der *beratergruppe ehrenamt* entwickelte Freiwilligenmanagement-Modell (Reifenhäuser/Reifenhäuser 2013) bietet bereits vielen Wohlfahrtsverbänden die fachliche Grundlage für ihre Freiwilligenarbeit und kann auch für die Frühen Hilfen als Folie dienen.

Das Modell beschreibt die unterschiedlichen Aufgaben des Freiwilligenmanagements und der Freiwilligenkoordination und verdeutlicht damit, dass freiwilliges Engagement von der Organisation sorgfältig vorbereitet und begleitet werden muss, damit es gewinnbringend für alle Beteiligten sein kann. Ausgewählte relevante Prozesse im Freiwilligenmanagement werden in Anlehnung an das Freiwilligenmanagement-Modell (vgl. ausführlich: Reifenhäuser/Reifenhäuser 2013) in den folgenden Unterpunkten auf der strategischen (2.2.1) wie der operativen Ebene (2.2.2) aufgegriffen und ausgeführt.

2.2.1 STRATEGISCHES FREIWILLIGENMANAGEMENT ALS ORGANISATIONSENTWICKLUNG

► **Strategische Entscheidung – Freiwilliges Engagement als Entwicklungsaufgabe**

Freiwilligenmanagement beginnt mit der strategischen Entscheidung einer Organisation, ob freiwillig Engagierte mitwirken sollen, welche Bereiche dafür in Frage kommen und welche Aufgaben sie konkret übernehmen können. Diese Entscheidung muss auf der Leitungsebene getroffen und als Impuls zur Organisationsentwicklung verstanden werden, damit Mitarbeitende die damit verbundenen strukturellen und kulturellen Veränderungen der Organisation mittragen und unterstützen. Der Einbezug Freiwilliger kann auf professioneller Ebene auch Widerstand hervorrufen, der von Furcht vor einer Entwertung der eigenen Professionalität und dem Wunsch nach Sicherung des eigenen Kompetenzbereichs in einem sich permanent umstrukturierenden Feld, unter Umständen auch von unreflektierten »Allmachtsansprüchen« getragen sein kann. Die Angst vor »Billiglösungen« durch Freiwilligenengagement kann dabei den Blick verstellen für die besondere Qualität dieser Ansätze als sinnvolle Ergänzung zu professionellen Angeboten.

► **Grundsätze und Konzept entwickeln**

Der zweite wichtige Schritt in der Organisationsentwicklung ist die Erstellung eines Konzepts, das neben Zielen, Umfang, Einbindung der Hauptamtlichen u.a.m. auch die Grundhaltung gegenüber Freiwilligen thematisiert. Die positive Haltung gegenüber freiwillig Engagierten sowie eine gegenseitig gelebte Wertschätzung sind Dreh- und Angelpunkt für

eine gelingende Zusammenarbeit. Sie stellt die Basis dar, auf der freiwillig Engagierte ihre Potenziale entfalten und Sicherheit gewinnen können.

► **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren und einbinden**

Um mögliche Fragen, Befürchtungen, Ängste und Vorbehalte konstruktiv für die Entwicklung eines Freiwilligenmanagements zu nutzen, empfiehlt es sich, Mitarbeitende frühzeitig in die Diskussion und Weiterentwicklung des Konzepts einzubinden, denn nur eine Entscheidung und ein Konzept, das von allen getragen wird, ermöglicht eine gelingende Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften und den Freiwilligen. Deren Mitwirkung besteht nicht nur darin, Strukturen zu schaffen, damit die Freiwilligen in ihrem Engagement koordiniert und begleitet werden, sondern diese konsequenterweise auch in die bestehenden Strukturen der Einrichtung einzubinden. Das *SOS Kinderdorf e.V.* (2011) hält es für eine selbstverständliche Voraussetzung einer Zusammenarbeit, freiwillig Engagierte zu entsprechenden Themen, Teamsitzungen, Arbeitsgruppentreffen oder Klausurtagungen einzuladen, um mit ihnen in einen konstruktiven Austausch zu kommen und dabei gegenseitiges Vertrauen sowie Verständnis aufzubauen. Auch im Projekt *Frühe Hilfen in der Caritas* werden Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten für Freiwillige und Mitarbeitende der Fachdienste geschaffen (NZFH 2015).

► **Multiplikatoren benennen und qualifizieren**

Wurde eine Entscheidung auf organisatorischer und konzeptioneller Ebene getroffen, werden Verantwortliche benannt, die die Umsetzung des Projekts »Freiwilligenengagement« als Multiplikatorinnen/Multiplikatoren, Koordinierungskräfte oder Managerinnen/Manager übernehmen. Das beinhaltet zuerst die Bereitstellung ausreichender Ressourcen in zeitlicher Hinsicht, da viele Aufgaben zeitaufwendig und für eine gute Umsetzung des Projekts essenziell sind – sowohl was die Annahme der Unterstützung und Zufriedenheit durch die Familien als auch die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Zufriedenheit der Freiwilligen angeht. Freiwilligenkoordination ist nicht nebenbei zu leisten, sondern erfordert Zeit und eine spezifische Qualifikation, die sich auch am konkreten Engagementbereich und den Aufgaben der Freiwilligen orientiert. In den evaluierten Präventionsprojekten zeigte sich, dass häufig zwei Ebenen der Verantwortung für das Freiwilligenprojekt zu unterscheiden sind, die strategische Verantwortung auf der Ebene der Einrichtungsleitung für die Managementaufgaben (wie Öffentlichkeitsarbeit und Evaluation) und die operative Verantwortung auf der Ebene der Koordinierung für Vernetzung, Kooperation und Umsetzungsaufgaben. Zudem wurde häufig thematisiert, dass die Koordinierung für die Freiwilligen verlässlich erreichbar sein muss, was praktisch nur möglich ist, wenn die Koordinationsstelle von zwei Personen ausgefüllt wird oder wenn eine Vertretung benannt ist, die im Falle von Urlaub, Krankheit oder Fortbildung der Koordinierung erreichbar ist.

2

► Organisatorische Rahmenbedingungen schaffen

Freiwilliges Engagement im psychosozialen Bereich kann und darf niemals ein Ersatz für kostenintensivere professionelle Hilfen sein, sondern muss in seiner Aufgabenstellung deutlich davon abgegrenzt werden. Aber auch freiwilliges Engagement gibt es nicht zum Nulltarif. Neben der Bereitstellung von Ressourcen für die Freiwilligenkoordination müssen Kosten und Ressourcen für die Freiwilligen einkalkuliert werden, beispielsweise für einen Arbeitsplatz für Freiwillige, Nutzung von Infrastruktur, Aufwandsentschädigung, Versicherungsschutz.

► Freiwilligenmanagement implementieren und weiterentwickeln

Die Freiwilligenkoordination hat eine doppelte Vermittlungsfunktion inne zwischen Freiwilligen und Familien, aber auch zwischen Freiwilligen und weiteren Fachkräften der Einrichtung. Sie sichert zudem die Vertretung und Einbindung der Freiwilligen im regionalen Netzwerk Frühe Hilfen. Die regelmäßige Auseinandersetzung mit Zielen und Ergebnissen des Freiwilligenmanagement bildet die Basis für eine systematische Weiterentwicklung von Konzepten, Angeboten und den Einrichtungen als Ganzes.

Die Evaluationen einiger Präventionsprojekte zeigen, dass die Freiwilligen von Familien, die sie begleiten, Wertschätzung und Anerkennung für die geleistete Hilfe erfahren (Bergold u.a. 2013; Liebhardt u.a. 2013). Für ihr Selbsterleben, ihre Zufriedenheit und persönliche Weiterentwicklung ist darüber hinaus die Wertschätzung und Anerkennung durch Fachkräfte von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Als zentrale Aufgabe des Freiwilligenmanagements stellt sich damit die Entwicklung einer **Anerkennungskultur** in der Einrichtung heraus, die Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung von Organisationsprozessen sowie zur Begegnung und zum Austausch untereinander sowie mit Hauptamtlichen beinhalten. Eine Möglichkeit dazu ist die Etablierung eines Freiwilligenausschusses, der zentrale Ansatzpunkte für die Maximierung des Wertes von Freiwilligen ausmacht – nicht im Sinne von Kostenersparnis, sondern von Aufgaben, in denen die spezifische Qualität von Freiwilligen zum Tragen kommt.

Anerkennung ist ein Thema, das auch im regionalen Netzwerk Frühe Hilfen diskutiert und entwickelt werden muss. In Gesprächen der Autoren mit Netzwerkakteuren schien teilweise eine sehr kritische Haltung gegenüber Freiwilligen durch, was mitunter auch an unklaren Aufgabenbeschreibungen und Abgrenzungen der Zuständigkeit gelegen haben mag.

Die Implementierung des Freiwilligenmanagements beinhaltet darüber hinaus die **Entwicklung und Steuerung von Projekten für Freiwillige**, beispielsweise die Entscheidung, ob ein offener Treffpunkt eingerichtet, ein Gruppenangebot von Freiwilligen oder ein Präventionsprojekt gestartet werden soll. Diese Entscheidung orientiert sich an Kriterien wie Aufwand, Attraktivität für freiwillig Engagierte, Nutzen für die Familien sowie für die Organisation und ihre Realisierungschancen. Damit das Angebot auch kommuniziert wird und Freiwillige sowie

Familien erreicht, sind Öffentlichkeitsarbeit, Verankerung im regionalen Netzwerk Frühe Hilfen und gegebenenfalls auch eine Kooperation mit Freiwilligenzentren angezeigt.

2.2.2 ANFORDERUNGSPROFIL FÜR DIE OPERATIVE FREIWILLIGENKOORDINATION

► Engagement-Bereiche systematisch identifizieren

Bei Tätigkeitsfeldern für freiwillig Engagierte handelt es sich immer um zusätzliche, ergänzende oder unterstützende Angebote. Freiwillige ersetzen niemals die Aufgaben von Hauptamtlichen. Die Erschließung neuer Engagement-Bereiche in den Frühen Hilfen kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen:

- Hauptamtliche benennen Tätigkeitsfelder und erstellen klare Aufgabenprofile. Hauptamtliche erschließen Tätigkeitsfelder und entwickeln gemeinsam mit freiwillig Engagierten Ideen für Aufgaben.
- Freiwillig Engagierte bringen Ideen für Projekte oder weitere Engagement-Felder ein, die von den Hauptamtlichen noch gar nicht bedacht wurden (SOS Kinderdorf e.V. 2011).

Daran schließt sich eine Entscheidung über die Art, Reichweite und konkrete Ausgestaltung des Projektes an. In einem Familienzentrum, das ein Angebot im Netzwerk Frühe Hilfen etablieren möchte, kann die Entscheidung über die Art eines Projekts ganz unterschiedliche Engagement-Bereiche betreffen, beispielsweise aufsuchende Begleitung in Form einer Patenschaft, ein Angebot im offenen Bereich speziell für junge Eltern oder eine Mutter-Kind-Gruppe. Die Frage der Reichweite bezieht sich auch auf die Zielgruppe, die angesprochen werden soll, ob alle Familien oder nur bestimmte Familien, z.B. mit Migrationshintergrund oder Einelternfamilien. Um den Zugang zu Familien systematisch zu gestalten, empfiehlt es sich, die Angebote der Freiwilligenarbeit an den Orten anzusiedeln, an denen sich junge Eltern aufhalten. Familienzentren oder Eltern-Kind-Zentren haben sich dafür als ein idealer, niederschwelliger Ausgangspunkt erwiesen.

► Aufgabenprofile erstellen und Freiwillige gewinnen

Unabhängig davon, wer die Aufgabenprofile für die Freiwilligen entwickelt (Fachkräfte allein oder gemeinsam mit freiwillig Engagierten), gilt der Grundsatz, je klarer diese Aufgabenprofile beschrieben werden und je besser sie von den Aufgaben der Fachkräfte abgegrenzt sind, desto klarere Orientierung und damit Schutz vor Überforderung geben sie den Freiwilligen.

Aufgabenprofile sollten folgende Angaben beinhalten: Ziel, Art, Inhalt und Umfang der Aufgabe; Anforderungen an Fähigkeiten und Fertigkeiten freiwillig Engagierter; entsprechende Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten auf der Ebene der Freiwilligen. Hinzu kommen Information zur Einrichtung sowie Leistungen, die Freiwilligen geboten werden. Aufgabenprofile können unter Umständen auch von einem Engagement abschrecken und

2

Freiwillige in ihrer Kreativität und Spontaneität einschränken. Deshalb sollte von Projekt zu Projekt entschieden werden, wann beziehungsweise in welchem Umfang ein Aufgabenprofil für die Gewinnung von Freiwilligen unabdingbar ist und welche Spielräume für eine individuelle Gestaltung des Engagements gegeben sind (SOS Kinderdorf e.V. 2011).

Die Bedeutung eines klaren Aufgabenprofils sowie das Kommunizieren desselben im Erstgespräch werden in den familienaufsuchenden Präventionsprojekten, wie *wellcome* oder *Familienpaten*, besonders hervorgehoben. Auch Hubert Liebhardt u.a. (2013, S. 101ff.) leiten aus der Evaluation des Projektes *Frühe Hilfen in der Caritas* Empfehlungen und Kriterien für ein Aufgabenprofil ab:

- Entwicklung von Eckpunkten für ein Aufgabenprofil der freiwillig Engagierten
- Klare Abgrenzung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Ehrenamtlichen und Fachkräften, denn klare Aufgabenprofile schützen Ehrenamtliche vor falschen Ansprüchen der Familien und vor Überforderung, und sie schaffen Klarheit für Fachdienste sowie Ehrenamt-Koordinierungskräfte und Ehrenamtliche
- Entwicklung allgemeiner Standards für die Mindestanforderung und Eignung der Ehrenamtlichen sowie Standards relativ zum Belastungsgrad der Familie und den Kompetenzen der Ehrenamtlichen
- Kommunizieren des Aufgabenprofils an alle.

Nachdem Tätigkeitsfelder und Aufgabenbereiche geklärt sind, erfolgt die Entscheidung, wer dafür gewonnen bzw. einbezogen werden soll. Je nach Ziel und Aufgabenstellung entscheidet sich, *wer* (ob Frauen oder Männer, mit eigenen Erfahrungen als Eltern oder Großeltern, mit oder ohne Migrationshintergrund) und *wie* bzw. *auf welchem Weg* die Ansprache erfolgen soll: öffentliche Medien, Netzwerk Frühe Hilfen, Freiwilligenagenturen, Freiwilligenbörsen, Internet, öffentliche Präsenz.

Das Internet als weitreichendes und schnell agierendes soziales Medium kann im Bereich der Selbsthilfe- oder Freiwilligenaktivitäten ein großes Hilfepotenzial aktivieren (wie man es beispielsweise an den Aktionen beim Hochwasser in Passau verfolgen konnte). Auch im Bereich der Frühen Hilfen können darüber Freiwillige gewonnen werden.

► **Erstgespräche führen, Vereinbarungen treffen**

Einer Einigung auf eine Zusammenarbeit muss immer ein persönliches Gespräch vorausgehen. Vor dem Erstgespräch ist vonseiten der Organisation zu klären, welche Voraussetzungen für das jeweilige Engagement gegeben sein müssen – das heißt: Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten sind für die Aufgabe erforderlich bzw. inwieweit hat eine vorausgehende Qualifizierung zu erfolgen, um Freiwillige auf ihre Aufgabe vorzubereiten und zu unterstützen. Für eine Familienpatin wird eine andere Vorbereitung erforderlich sein als bei der Mitwirkung in einem offenen Treff.

Das Erstgespräch wird mit dem Ziel geführt, sich zunächst kennenzulernen und herauszufinden, ob die Basis für eine Zusammenarbeit gegeben ist bzw. ob die Vorstellungen der Einrichtung und die der Freiwilligen zusammenpassen, ob Interessen, Erwartungen, Wünsche und Fähigkeiten der Freiwilligen mit dem konkreten Freiwilligenprojekt kompatibel sind oder ob eher andere Engagement-Bereiche dafür in Frage kämen. Themen, die behandelt werden, sind beispielsweise die Motive für ein Engagement, Aufgaben im Engagement, persönliche Fähigkeiten, Interessen, Erwartungen. Aus Curricula oder Veröffentlichungen zum Freiwilligenmanagement liegen dazu Gesprächsleitfäden vor, die dem eigenen Bedarf angepasst werden können (vgl. dazu Reifenhäuser/Reifenhäuser 2013; SOS Kinderdorf e.V. 2011).

Nach dem Erstgespräch erfolgt eine beiderseitige Einschätzung, ob eine Zusammenarbeit vorstellbar ist. Die Chance, dass eine Person sich engagiert, erhöht sich, wenn sie nicht nur etwas geben kann, sondern auch etwas zurückbekommt. Damit ist weniger der monetäre Aspekt gemeint, der für Freiwillige auch am wenigsten entscheidend für ihr Engagement ist (so die Ergebnisse des 3. Freiwilligen surveys 2009, S. 45) sondern Aspekte wie die persönliche Weiterentwicklung, Zugehörigkeit zu einem Team, ein Zertifikat und gegebenenfalls eine Weiterqualifizierung durch eine Aufbau-Qualifikation, die in Kooperation mit Freiwilligenagenturen erfolgen kann (vgl. Gensicke u.a. 2006; Reifenhäuser/Reifenhäuser 2013).

Nach der Einigung auf eine Zusammenarbeit wird eine Engagement-Vereinbarung geschlossen. Diese ist zwar kein rechtsverbindlicher Vertrag, unterstützt aber die gegenseitige Verbindlichkeit und gibt den Freiwilligen Orientierung und Klarheit über ihren Auftrag. Je konkreter in der Engagement-Vereinbarung Aufgaben, Erwartungen und Verfahrensabläufe festgehalten werden, desto transparenter ist für die Freiwilligen, wo ihre Zuständigkeiten und Verantwortungen liegen und welche Abläufe bzw. Wege einzuhalten sind, und desto sicherer fühlen sie sich in ihren Aufgaben (vgl. Stürmer/Trötschel 2006b). Eine verbindliche Engagement-Vereinbarung kann damit auch eine Handlungsgrundlage bei der Gestaltung des Übergangs zum Schutzauftrag darstellen.

► **Freiwillige einarbeiten und befähigen**

Ein guter Start in das freiwillige Engagement ist für das Hineinwachsen in eine Aufgabe und für die Identifikation mit der Einrichtung oder mit dem Projekt von großer Bedeutung. Ein guter Start wird begünstigt durch eine vorbereitende Schulung bzw. Fortbildung und/oder eine Einarbeitung in den Engagement-Bereich. Beide Varianten umfassen Informationen über die Einrichtung und das Netzwerk Frühe Hilfen, eine genauere Vorstellung der in der Engagement-Vereinbarung getroffenen Aufgaben und Abläufe sowie Unterstützungsmöglichkeiten, auf die Freiwillige zurückgreifen können. Die Einarbeitung kann beispielsweise in Form einer Hospitation erfolgen. Doch auch die Begleitung durch erfahrene

2

Freiwillige als Mentorinnen bzw. Mentoren stellt hier eine gute Möglichkeit dar. Damit auch hier Rollenklarheit zwischen Koordination und Mentoren-Funktion herrscht, sind Ziele und Aufgaben jeweils aufeinander abzustimmen und festzulegen.

In vielen Patenschafts-Projekten (Bergold u.a. 2013; Schinman 2008) gehen ausführliche Schulungen dem Einsatz voraus, bei denen neben den bereits genannten Informationen Themen behandelt werden, die für die Aufgabe von Bedeutung sind und auch von den Freiwilligen rückblickend als relevant erachtet werden, beispielsweise die Struktur der Einrichtung, die Rolle der Freiwilligen, Vertraulichkeit, der Datenschutz, Erste Hilfe, Kinderschutz, Moderationstechniken, eigene Psychohygiene.

Auch Hubert Liebhardt u.a. (2013) weisen auf der Basis ihrer Evaluationsergebnisse auf die Bedeutung **vorbereitender Schulungen** hin und betonen den positiven Zusammenhang zwischen Qualifizierung und dem Sicherheitsgefühl sowie der Zufriedenheit der Freiwilligen. Umfang und Inhalte der Fortbildung richten sich nach der konkreten Aufgabe, die Freiwillige übernehmen. Deshalb sollte die Gewichtung der Inhalte in einem fortlaufenden Diskurs in engem Austausch und in Abstimmung mit den Koordinierenden sowie den Freiwilligen vorgenommen werden. Die Autorengruppe schlägt vor, die Eckpunkte für die Qualifizierung möglichst breit und entsprechend dem Einsatz der Ehrenamtlichen im Feld festzulegen. Die benannten Themen decken sich zum Teil mit den oben genannten, beispielsweise: Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung sowie Wissen und Reflexion über die eigene Rolle, Strategien der Selbstfürsorge und Abgrenzung, Toleranz, Offenheit, Akzeptanz gegenüber anderen Lebensentwürfen, sozialrechtliches Wissen, Kommunikation mit Eltern, Bedeutung und Ausdruck der Eltern-Kind-Interaktion sowie Übergang zum Kinderschutz. Als Anregung für die Konzeption von Fortbildungen liegen inzwischen sowohl von Freiwilligenagenturen als auch von Familienbildungs- oder Hausbesuchsprogrammen evaluierte Curricula und Manuale vor (z.B.: Pillhofer u.a. 2012; Ziegenhain u.a. 2012).

Eine vorausgehende Qualifizierung erhöht die Sicherheit der Freiwilligen, könnte aber auch dazu führen, dass intuitive Kompetenzen durch zu viele Informationen überlagert werden. Vermittlung von Wissen sollte demnach in einem ausgewogenen Verhältnis zur Reflexion stehen, und dabei sollten Grenzen freiwilliger Tätigkeit bzw. die Schwelle der Notwendigkeit für die Rücksprache mit den Freiwilligenkoordinierungskräften deutlich markiert werden. Wege, die dabei einzuhalten sind, werden auch in der Engagement-Vereinbarung festgehalten. Fortbildungen bieten zudem eine Gelegenheit, schon vor dem Start im Feld andere Freiwillige kennenzulernen und sich zu vernetzen. Auch das schafft ein Gefühl von Sicherheit, sich neben der Koordination noch mit Anderen austauschen zu können.

Fortbildungsangebote sollten auch **begleitend** angeboten werden, denn sie bieten neben dem Erwerb von Wissen und Kompetenzen auch weitere Gelegenheitsstrukturen für einen Austausch und eine Begegnung auf Augenhöhe mit hauptamtlichen Fachkräften. Diese Erkenntnis hat sich bei vielen Projekten weitgehend durchgesetzt oder ist durch pragmatische

Entscheidungen gewachsen; die freiwillig Engagierten können dort auch an den Fortbildungen für die Fachkräfte teilnehmen, wobei gut darauf geachtet werden sollte, welche Themen dafür geeignet sind, um nicht eine Rollendiffusion zu befördern. Erfahrungen aus der Kooperation von Selbsthilfegruppen und Fachkräften zeigen, dass eine gelingende Kooperation zu einem Wissenstransfer und zur Kompetenzerweiterung auf beiden Seiten führen kann.

Während bei allen Formen des Engagements Einigkeit darüber besteht, dass Fortbildungen nicht nur eine Form der Weiterbildung, sondern auch Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung des Engagements sind, bestehen in der Praxis durchaus unterschiedliche Haltungen in Bezug auf vorausgehende Qualifizierungen. Die Befunde aus den Evaluationen der Präventionsprojekte sprechen aber deutlich für eine vorausgehende Schulung; die Intensität und Gewichtung der Themen hängt dabei von den konkreten Aufgabenprofilen ab und sollte im engen Diskurs mit der Praxis festgelegt werden (Liebhardt u.a. 2013). Die kritische Auseinandersetzung mit der Frage der Qualifizierung von Freiwilligen ermöglicht auf der einen Seite den Blick auf die besondere Qualität dieses Engagements, birgt aber auf der anderen Seite auch die Gefahr der Paraprofessionalisierung oder auch der Übersensibilisierung für den Kinderschutz. Aus Sicht der Autoren bietet eine vorausgehende Schulung eine gute Möglichkeit, eigene Motivlagen, Erfahrungen, Kompetenzen und Gefühle zu reflektieren. Zudem können hier Abläufe und Zuständigkeiten zwischen Freiwilligen und den Fach- bzw. Koordinierungskräften geklärt werden.

► **Freiwillige führen, fördern, begleiten und anerkennen, Konflikte lösen**

Dieser Aufgabenbereich der Freiwilligenkoordination wird nicht nur in der Fachliteratur zum Freiwilligenmanagement allgemein als der wichtigste und zeitintensivste genannt, er stellte sich auch in vielen Projekten als das Herzstück der Freiwilligenkoordination heraus. Eine professionell gute, zuverlässige und regelmäßig erfolgende Begleitung umfasst die Unterstützung der Freiwilligen bei Unsicherheiten in ihren Aufgaben, ferner die Bereitstellung eines Rahmens für Reflexion und den Austausch mit anderen Freiwilligen sowie die Organisation und/oder Durchführung von Fortbildungen und Supervisionen. Sie wirkt sich positiv auf das Sicherheitserleben der Freiwilligen aus und trägt zur Erhöhung der Zufriedenheit und der Qualität des Engagements bei.

Für eine gute professionelle Begleitung reichen telefonische Kontakte nicht immer aus, es bedarf auch persönlicher und, insbesondere in der Anfangszeit, individueller Kontakte, da hier das Belastungserleben oft am größten ist. Deshalb ist sicherzustellen, dass die Freiwilligenkoordinationskraft bzw. deren Vertretung gut erreichbar ist, was auch in den Evaluationsstudien von *wellcome* und *Frühe Hilfen in der Caritas* (Stürmer/Trötschel 2006b; Liebhardt u.a. 2013) deutlich hervorgehoben wird.

Darüber hinaus messen die Freiwilligen dem Austausch mit anderen Freiwilligen eine sehr hohe Bedeutung bei. **Gruppen- oder Vernetzungstreffen** zum Austausch über Erfah-

2

rungen in den Familien oder zu brennenden Themen (wie persönliche Abgrenzung oder Verabschiedung aus der Familie) sind deshalb ein weiterer zentraler Baustein professioneller Koordination, denn sie müssen regelmäßig organisiert und moderiert werden. Je nach Aufgabenbereich kann eine regelmäßige und qualifizierte externe Supervision sowie bei Bedarf auch Einzelsupervision hinzukommen (ebd.).

Werden die Freiwilligen in ihren Kompetenzen wahrgenommen und geachtet und nicht nur als Erfüllungsgehilfen der Fachkräfte verstanden, sollten die Gruppentreffen auch einen Rahmen bieten, in dem die Freiwilligen ihre Ideen einbringen, das Konzept diskutieren und mit der Koordinierungskraft weiterentwickeln können.

Ein spezifisches Aufgabenfeld in Präventionsprojekten (vgl. Kap. 1.7) ist die Vermittlungsrolle zwischen Familien und Freiwilligen, das sogenannte *Matching*, sowie zu anderen Fachdiensten des Trägers bzw. des regionalen Netzwerks Frühe Hilfen. Der **Erstkontakt zu den Familien** bzw. von den Familien zum Projekt sollte grundsätzlich über die Freiwilligenkoordinierungskraft laufen. Sie klärt den Bedarf der Familien und informiert über die Möglichkeiten einer Unterstützung durch Freiwillige. Im *Matching* erfolgt die Auswahl einer freiwilligen Kraft, die mit ihrem Profil gut zur Familie passt, wobei sowohl die inhaltliche als auch emotionale Passung berücksichtigt werden sollten.

In dieser Phase erweist es sich als immens wichtig, die genauen Aufgaben abzusprechen und festzuhalten, um Sicherheit hinsichtlich der Tätigkeiten zu vermitteln. Da der Kontakt mit den Familien durch die professionelle Koordinierungskraft zustande kam, empfiehlt es sich, den ersten Besuch der freiwillig Engagierten bei der Familie gemeinsam durchzuführen, sich dann aber aus der Familie zurückzuziehen und der Beziehung und Handlungsfähigkeit, die sich zwischen Familie und freiwillig Engagierten entwickelt, zu vertrauen. Diese Haltung sollte jedoch gleichzeitig von einer verlässlichen Präsenz der Koordination bei Fragen oder Verunsicherungen flankiert sein. Die Bearbeitung der sensiblen Schnittstelle zwischen Familie und Freiwilligen erfordert demzufolge eine hohe fachliche Kompetenz, insbesondere bei der Gesprächsführung, sowie ein Vertrauen in nichtprofessionelle Handlungsweisen.

Anerkennung der Freiwilligen beruht auf einer authentisch getragenen Haltung der Wertschätzung, die nicht nur zwischen den Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie den freiwillig Engagierten gegeben sein muss, sondern sich auch bei Kontakten mit anderen Fachkräften in der Einrichtung und im Netzwerk Frühe Hilfen in einer Begegnung auf Augenhöhe äußern sollte. Kleine Gesten und Aufmerksamkeiten, Ehrungen, Aufwandsentschädigungen, Einrichtung einer kleinen Bibliothek, Fortbildungen u.a.m. sind zudem Ausdruck einer solchen Anerkennungskultur in Einrichtungen und Projekten. In Anerkennungsverhältnissen bleiben jedoch auch Konflikte aufgrund struktureller Gegensätze von hauptamtlichen Fachkräften und freiwillig Engagierten nicht aus. Wie in jeder Kooperation gibt es förderliche Bedingungen, die dazu beitragen, das Konfliktpo-

tenzial zu reduzieren: klare Aufgabenteilung, Transparenz, Kommunikation, gegenseitige Wertschätzung. Doch nicht jeder Konflikt kann und soll verhindert werden, denn er kann zur Weiterentwicklung eines Projekts beitragen. Entscheidend ist ein konstruktiver Umgang.

► **Freiwillige verabschieden, Engagement bescheinigen**

Hubert Liebhardt u.a. (2013) weisen auf die Notwendigkeit einer systematischen Gestaltung des Abschlusses der Patenschaft hin, die eine klare Planung und Regelung der Dauer des Angebots und im Regelfall der Beendigung von Betreuungsprozessen umfasst. Gleichzeitig dient eine standardisierte Dokumentation mit Verfahren zur Erfassung von Zielerreichung und Zufriedenheit aus der Perspektive von Familien, Freiwilligen und Fachkräften der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung.

Der Abschluss einer Begleitung, beispielsweise im Rahmen einer Patenschaft, kann, aber muss nicht zur Beendigung des freiwilligen Engagements führen. In der Regel begleiten Patinnen und Paten mehrere Familien. Gründe, die zu einer Beendigung des Engagements führen, sind ebenso vielfältig wie Gründe, die zu einem Engagement führen. So kann die Zusammenarbeit mit der Familie von Beginn an zeitlich befristet sein. Eine Beendigung der Zusammenarbeit kann dem Wunsch der Freiwilligen entsprechen, aus einer gemeinsamen Übereinkunft zwischen Koordinierungskraft, Freiwilligen und Familie entstehen oder durch die Einrichtung bzw. Koordination erfolgen. In allen Fällen ist auch hier eine »Abschlusskultur« gefragt, die einige Standardelemente beinhalten sollte:

- ein Abschlussgespräch mit Rückblick auf das Engagement,
- ein Abschluss der Tätigkeit in der Familie,
- Anerkennung und gegebenenfalls Würdigung im Rahmen einer Verabschiedung.

Die persönliche Weiterentwicklung durch ein freiwilliges Engagement hat nicht nur einen Effekt auf das eigene Selbstwirksamkeitserleben und auf die Stärkung des Selbstvertrauens, sie wird auch von Unternehmen, und dies nicht nur im sozialen Bereich, als kompetenzerweiternd wahrgenommen. Der (Wieder-)Einstieg in eine bezahlte Tätigkeit kann auch das Ziel von Programmen mit Freiwilligenarbeit sein (beispielsweise im englischen Programm *Sure Start*; vgl. 4 Children 2013). Insbesondere für jüngere Engagierte ist ein Nachweis bürgerschaftlichen Engagements oder ein Zertifikat über freiwillige Mitarbeit nicht nur ein Zeichen von Anerkennung, sondern auch ein wichtiges Zeugnis zur Erhöhung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

► **Ehemalige Engagierte binden**

Wer positive Erfahrungen mit seiner freiwilligen Tätigkeit verbindet und sich mit der Einrichtung identifiziert, ist oft gerne bereit, in überschaubarem und begrenztem Umfang

2

weiterhin Tätigkeiten zu übernehmen. Einige Einrichtungen setzen in ihrem Freiwilligenmanagement auf die Bindung Ehemaliger und entwickeln Strukturen wie Stammtische oder Newsletters.

Über die hier ausgeführten Aufgaben hinaus erweist sich in den Frühen Hilfen **Kooperation und Vernetzung** als zentrales Aufgabengebiet der Freiwilligenkoordination. Ein wesentliches Element ist hier die enge Abstimmung mit der Koordinierungsstelle für die Netzwerke Frühe Hilfen, um den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden und wechselseitig von der Expertise der anderen profitieren zu können. Vernetzung und Kooperation ermöglichen die Vermittlung von Freiwilligen und Fachdiensten sowie die fachliche Rückkopplung der spezifischen Qualität der Freiwilligenarbeit in das regionale Netzwerk Frühe Hilfen. Ebenso erhält die Freiwilligenkoordination auf diese Weise einen Überblick über die Angebote der Akteure im Netzwerk. Beispielsweise ist das Wissen um offene Treffpunkte für Familien unabdingbar, um Eltern nicht nur vorübergehend durch Besuche von Freiwilligendiensten wie Patenschaften zu entlasten, sondern sie zum Besuch von sozialräumlichen Angeboten zu aktivieren und damit Selbstorganisations- und Empowerment-Prozesse anzustoßen.

Dem vielfältigen Aufgabenspektrum ist unschwer zu entnehmen, dass Management und Koordination von Projekten mit Freiwilligen anspruchsvolle Aufgaben sind, die spezifisches Wissen und Fähigkeiten erfordern und nicht nebenbei erledigt werden können. Personen, die die Koordinationsfunktionen übernehmen, brauchen daher ein differenziertes Kompetenzprofil.

Neben *fachlichen Kenntnissen* in der Gruppen- und der Bildungsarbeit sind praktische Erfahrungen im Freiwilligenmanagement sowie Erfahrungen und Wissen im Hinblick auf die spezifische Zielgruppe des Angebots von Bedeutung. *Soziale Kompetenzen* sind ebenfalls zentral, allen voran Kommunikations-, Vermittlungs- und Konfliktfähigkeit, aber auch die Fähigkeit, andere zu motivieren, die Arbeit nach außen zu vertreten und Kooperationen einzugehen. Die Basis dafür bildet eine *Grundhaltung* der Wertschätzung von Freiwilligenarbeit und Empathie für die begleiteten Familien. Darüber hinaus sind *personale Kompetenzen* gefragt wie Frustrationstoleranz und Flexibilität bei der Koordination von Freiwilligenarbeit (ausführlich in: Perzлмаier/Sonnenberg 2013, S. 111).

Die vielfältigen Funktionen, die Koordinatorinnen und Koordinatoren erfüllen, sind zwangsläufig mit typischen Widerspruchserfahrungen verbunden, bei denen sie sich um Klarheit bemühen müssen. Am Beispiel der Koordination von Patenschaftsprojekten diskutieren Christine Perzлмаier und Birgit Sonnenberg (2013, S. 115 ff.) diese als spezifische *Spannungsfelder*:

- *Spannungsfeld zwischen Professionalität und Freundschaftsbeziehung zur Patin/zum Paten*: Durch die enge Kooperation von Koordination und Patin/Paten in Bezug auf spezifische Familien kann so etwas wie eine semifreundschaftliche oder semikollegiale Beziehung entstehen, in der die unterschiedlichen Rollen unklar werden.

- *Spannungsfeld zwischen Auftrag und Abgrenzung zur Zielgruppe:* Durch den direkten Kontakt der Koordinierungskräfte mit den Familien können sie Aufträge übernehmen, die einerseits zur Sicherung der Beziehung und Verhinderung eines Beziehungsabbruches sinnvoll sind, andererseits aber die Koordinatorin oder den Koordinator zur betreuenden Fachkraft werden lassen, die in Konkurrenz zu anderen beteiligten Fachkräften und der Patin/dem Paten steht.
- *Spannungsfeld zwischen Autonomie und Ohnmacht:* Neben einem relativ großen Ermessensspielraum, etwa beim Matching zwischen Paten und Familien, gibt es immer wieder auch Erfahrungen eingeschränkter Handlungsmöglichkeiten, sowohl gegenüber weiteren Fachdiensten als auch bei eigenmächtigen Entscheidungen und Vorgehensweisen der Patinnen und Paten.
- *Spannungsfeld zwischen Einfluss und Loslassen:* Auf das Herzstück des Projektalltags, die Beziehung zwischen Patinnen/Paten und Familien, kann die Koordination nur indirekt Einfluss nehmen. Sie kann ihnen Enttäuschungen nicht ersparen und sie muss auf die Handlungsmächtigkeit anderer vertrauen.
- *Spannungsfeld zwischen Transparenz und Verschweigen:* Patinnen und Paten sollten möglichst umfassend über die Familien, mit denen sie arbeiten, informiert werden; es gibt für die koordinierende Fachkraft aber auch Situationen, in denen sie zum Schweigen verpflichtet ist und deshalb den Patinnen und Paten ein relevantes Wissen vorenthalten muss, was bei diesen wiederum als Vertrauensbruch erlebt werden kann.

Um diese widersprechenden Erwartungen und Aufgaben aushalten, bewältigen oder konstruktiv gestalten zu können, brauchen Koordinatorinnen und Koordinatoren nicht nur die bereits genannten Kompetenzen, sondern auch klare und stützende Strukturen in ihrer Einrichtung sowie Coaching oder Supervision.

3

ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN FÜR EINE GELINGENDE PRAXIS DER FREIWILLIGENARBEIT IN DEN FRÜHEN HILFEN

Aus den eingangs dargestellten theoretischen Überlegungen heraus sowie aus den Erfahrungen und Ergebnissen der Praxis werden im Folgenden zentrale Aspekte von Qualität für eine gelingende Praxis im Bereich Freiwilligenengagement in den Frühen Hilfen zusammengeführt und in Form von Empfehlungen verdichtet.

Bedeutung und Verortung des Freiwilligenengagements

- Ein Gemeinwesen ist im Sinne von Gesundheitsförderung und Verhältnisprävention verantwortlich für die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es Familien ermöglichen, für ihre Kinder einen guten Start ins Leben zu finden. Diese Verantwortung verlangt eine Ko-Produktion von zivilgesellschaftlichen Initiativen und öffentlichen Trägerangeboten.
- Frühe Hilfen brauchen die verbindliche Verortung in sozialräumlich funktionierenden Netzwerken und sollten als integraler Teil einer kommunalen Gesamtstrategie zum Aufbau verlässlicher Angebote für Familien und Kinder entfaltet werden. Zivilgesellschaftliche Projekte sind in diese Gesamtstrategie einzubeziehen.
- Zivilgesellschaftliche Initiativen sind im Verhältnis zu professionellen Angeboten nicht nachrangig, sie sind vielmehr häufig Impulsgeber für Innovation, verfügen über eine eigene Qualität und können auf entsprechende Defizite in der öffentlichen Verantwortung verweisen. Deshalb ist ihre systemische Einbindung ein wichtiges Grundprinzip, das am ehesten aus einer Grundhaltung des Empowerment gewährleistet ist.
- Zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen professionelle Begleitung und dürfen nicht als Ersatz für professionelle Aufgaben missbraucht werden. Es bedarf vielmehr eines die Differenz achtenden Freiwilligenmanagements sowie einer verlässlichen Koordination, die zwischen professionellen Diensten und freiwillig Engagierten Vermittlungsarbeit leistet.

Empfehlungen zum strategischen Freiwilligenmanagement in den Frühen Hilfen

- Eine milieugestützte Rekrutierung von ehrenamtlich tätigen Personen verliert immer mehr an Bedeutung. Menschen, die sich engagieren wollen, suchen nach Informationen und Beratung, um Möglichkeiten des Engagements zu finden, die am ehesten ihren Erwartungen entsprechen. Diese Informations- und Vermittlungsaufgaben haben vor allem Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen übernommen, oder sie werden in lokal abgehaltenen Freiwilligenmessen erfüllt. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen, die Familien stärken oder durch Alltagsbegleitung mögliche Belastungen verhindern wollen, profitieren von einer solchen Vermittlung von Engagement.
- Auch in den Wohlfahrtsverbänden, in den Kommunalverwaltungen und in Einrichtungen der Familienbildung sind zunehmend geschulte Fachkräfte für ein professionelles Freiwilligenmanagement zuständig. Es bedarf einer klaren Bestimmung ihres Aufgabenspektrums, zu dem auch die systematische Beteiligung an der Organisationsentwicklung der jeweiligen

Institution gehören sollte. Die Gewinnung und Sicherung von freiwilligem Engagement erfordert eine spezielle Engagement-Strategie, die nicht selten gegen eine traditionelle Vereins- oder Verbandsstruktur durchgesetzt werden muss.

- Das Freiwilligenmanagement sorgt für gute Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards, auf denen sich freiwilliges Engagement konstruktiv entfalten kann. Die Entwicklung einer Anerkennungskultur sowie die gegenseitig gelebte Wertschätzung sind Dreh- und Angelpunkt einer gelingenden Zusammenarbeit, und sie erhöhen die Bindung der Freiwilligen an die Institution.
- Freiwillige haben eigene Vorstellungen von der Qualität, von den Zielstellungen eines Projektes und kritische Wahrnehmungen von traditionellen Routinen in einer Organisation. Freiwilligenmanagement hat im Sinne von Empowerment dafür zu sorgen, dass Freiwillige mit ihren Vorstellungen, Forderungen und ihrer Kritik in der Institution Gehör finden und an der Weiterentwicklung der institutionellen Struktur beteiligt werden.
- Auf der strategischen Ebene ist für Rahmenbedingungen zu sorgen, die es den Koordinierungsfachkräften ermöglichen, systematisch in die Netzwerke Früher Hilfen eingebunden zu sein. Gleiches empfiehlt sich auch für die Zusammenarbeit mit den Koordinierungsstellen für Selbsthilfegruppen.
- Darüber hinaus sollten sich Freiwillige als Teil des Netzwerks Frühe Hilfen aktiv an den Netzwerktreffen beteiligen (z.B. durch gewählte Vertreterinnen/Vertreter), um auch hier mit ihren Kompetenzen und Vorstellungen mitwirken zu können. Im Austausch mit Fachkräften können Vorbehalte und Konfliktpotenziale entschärft sowie eine gemeinsame Basis erarbeitet werden, die zur Weiterentwicklung der Netzwerkstrukturen beiträgt. Die Ermöglichung der Partizipation von Freiwilligen in den Strukturen der Frühen Hilfen ist gemeinsame Aufgabe der Freiwilligenkoordination und der Netzwerkkoordination.

Empfehlungen zur operativen Koordination zwischen Fachdiensten und Freiwilligen

- Wenn Präventionsprojekte, Angebote und Fachdienste, die an alltäglichem Unterstützungsbedarf oder psychosozialen Belastungslagen ansetzen, Eltern und Familien zur Selbstorganisation ermutigen wollen, dann sollten sie Wege finden, zivilgesellschaftliche Akteure in die Projekte einzubinden. So können Zugangswege zu den Zielgruppen geschaffen werden. Diese Aufgabe wird in aller Regel von Koordinierungskräften, Mediatorinnen/Mediatoren oder Mentorinnen/Mentoren übernommen, die von öffentlichen und freien Trägern benannt, qualifiziert und fachlich begleitet werden. Meist verfügen diese über eine professionelle Ausbildung, können aber auch aus der spezifischen Zielgruppe stammen. Diese Koordinationsfunktion stellt die projekt- oder initiativen-spezifische Form des Freiwilligenmanagements dar und ist eine grundlegende Voraussetzung für den Einsatz von Freiwilligen in Familien.

3

- Die Freiwilligenkoordination sorgt für ein klares Aufgabenprofil der Freiwilligen im jeweiligen Setting und sichert die Grenzl意思en zum professionellen Handlungsspektrum. Sie entwickelt eine Werbe- und Motivationsstrategie, um Personen zu finden, die zu den jeweiligen Aufgaben motivational und persönlichkeitspezifisch passen. Diese brauchen dann eine systematische Einführung und Begleitung. Den Aufgaben der Freiwilligen entsprechende vorbereitende und begleitende Fortbildungsmaßnahmen, unter Umständen auch Supervision, sind sicherzustellen.
- Die Koordinationsaufgabe umfasst darüber hinaus ein breites Spektrum von Funktionen, für die eine spezifische Sensibilisierung und Ausbildung zu leisten ist. Personen, die Koordinationsfunktion übernehmen, brauchen umfassende fachliche und soziale Kompetenzen. Dies sind insbesondere Kompetenzen für die Einschätzung des Hilfebedarfs der Familien und die Herstellung einer Passung zwischen den Freiwilligen und den Familien, die Unterstützung angeboten bekommen. Ferner sind dies Kompetenzen zur Sicherung der Grenzen zu professionellen Aufgaben und zu überzogenen Erwartungen, zur Ermöglichung von guten Rahmenbedingungen, die Offenheit für innovative Wege sowie Kommunikationskompetenz.
- Die Qualifizierung von Koordinierungsfachkräften soll einen fachlich fundierten Überblick über frühkindliche Entwicklung und den diesbezüglichen Schutz- und Risikofaktoren beinhalten. Zu den Basiskompetenzen in den Frühen Hilfen gehören eine ressourcenorientierte Grundhaltung sowie Strategien des Empowerment, ebenso Wissen und Fähigkeiten zum sicheren professionellen Handeln im Übergang zum Schutzauftrag. Gleichzeitig soll die Qualifizierung gezielt auf die Hauptaufgaben der Koordination vorbereiten, die sich insbesondere auf die Gewinnung von Freiwilligen, auf die Kontaktaufnahme zu betroffenen Familien, auf die Moderation von Gruppenprozessen und auf die Förderung der sozialen Integration von Familien beziehen.
- In Bezug auf die fachliche Anleitung (Schulung und Begleitung) der Freiwilligen sollten Koordinatorinnen und Koordinatoren darauf achten, dass sie nicht zu einer Paraprofessionalisierung beitragen, sondern zu einem reflektierten Umgang mit eigenen Erfahrungen, Kompetenzen und Gefühlen ermutigen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass die Freiwilligen eine solche Grundhaltung gegenüber den Eltern einnehmen können und dass sie mögliche Überforderungen erkennen und vermeiden, die sich aus der unreflektierten Übernahme professioneller Ansprüche ergeben können.
- Die Koordination erfüllt eine Brücken- oder Mittlerfunktion zwischen den Familien aus der jeweiligen Zielgruppe, den bürgerschaftlich engagierten Personen und den Fachdiensten. In dieser Funktion geht es um »Übersetzung« der unterschiedlichen Perspektiven für die jeweils anderen beteiligten Akteursgruppen. Das wird nicht immer ohne Ambivalenzen möglich sein. Darauf müssen Koordinierungsfachkräfte vorbereitet sein und eine fachliche Unterstützung, z.B. durch Coaching, Supervision oder kollegiale Beratung, in Anspruch nehmen können.

- Die anspruchsvolle Aufgabe einer Koordination braucht stützende Strukturen, die, neben der genannten fachlichen Begleitung, auch klare Zuständigkeiten benennen. Dies gilt auch für die Frage der Mitwirkung bei Managementaufgaben wie Öffentlichkeitsarbeit oder Evaluation. Zudem ist eine verlässliche Vertretung zu regeln. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Koordinationskräfte nicht als »Einzelkämpfende« tätig, sondern gut in eine Einrichtung eingebunden sind und der Diskurs über den Stellenwert bürgerschaftlichen Engagements Teil der Organisationskultur ist.
- Freiwilliges Engagement in den Frühen Hilfen hat in der Mehrzahl einen universell präventiven Anspruch, indem es allen Familien eine alltagspraktische Begleitung und Entlastung anbietet und zur Erweiterung ihres sozialen Netzwerks beitragen will. Teilweise wenden sich Angebote mit Freiwilligen im Sinne selektiver Prävention auch an Familien in belastenden Lebenssituationen. In diesen Fällen ist eine Klärung der Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortung von Freiwilligen und Fachkräften von besonders großer Bedeutung. Die Tätigkeit der Freiwilligen sollte sich auch hier ausschließlich auf die Entlastung und Unterstützung der Eltern im Alltag beziehen, alle weitergehenden Aufgaben fallen in den Bereich des professionellen Handelns. Dies gilt insbesondere, wenn im Verlauf der Begleitung Risikolagen zutage treten. Der Hilfebedarf der Familien in Präventionsprojekten wird grundsätzlich von der Koordination bzw. von Fachkräften im Zusammenwirken mit den Eltern eingeschätzt. Geht er über alltägliche »Nachbarschaftshilfe« hinaus, ist ein umfassendes diagnostisches Vorgehen erforderlich, ggf. muss die Familie parallel zum Einsatz der Freiwilligen professionell betreut werden. Fachdienste und Freiwilligenkoordinierungskräfte sind deshalb aufgefordert, sich miteinander zu Zielen und Reichweite der Projekte zu verständigen, um eine gemeinsame Haltung und verlässliche Kooperationsbasis zu entwickeln, damit Freiwillige nicht verborgene (Kontroll-)Aufträge erhalten und somit eine Überforderung vorprogrammiert ist. In der Konzeption der Freiwilligenprojekte empfiehlt sich eine kontinuierliche »Verpflichtung zur begleitenden Reflexion« der Reichweite und der Zielgruppen der Angebote.
- Kumulieren Belastungen und Risiken in Familien, stellt sich die Frage der Sicherung des Kindeswohls, für die eine engmaschige Begleitung sowie klare Handlungsabläufe etabliert und eingehalten werden müssen: Es ist sicherzustellen, dass sich die freiwillig Engagierten in solchen Fragen und Anliegen immer zuerst an die Koordinierungsfachkräfte als Ansprechpartner wenden. Diese müssen wiederum verlässlich ansprechbar sein. Dies sichert den Freiwilligen eine Reflexionsebene, wenn sie in der Familie etwas beunruhigt und sie ihre Sorgen um das Kind oder Ängste besprechen wollen. Es fällt ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Koordination, den weiteren Hilfebedarf abzuklären, gegebenenfalls eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen, auf die Inanspruchnahme professioneller Hilfe in der Familie hinzuwirken und dies mit den zuständigen Fachdiensten der Jugendhilfe abzustimmen bzw. an diese überzuleiten. Dies muss besonders dann betont

3

werden, wenn freiwillig Tätige unbezahlte Fachkräfte sind, die sich in einer bestimmten Phase ihres Lebens bürgerschaftlich engagieren.

- Um das gesamte Aufgabenspektrum erfüllen zu können, benötigt die Koordination klare und angemessene zeitliche und fachliche Rahmenbedingungen. Koordination kann nicht als Zusatzaufgabe ohnehin gut ausgelasteter Fachdienste definiert werden, sondern bedarf einer Stellenbeschreibung, die eine verantwortliche Übernahme koordinierender und begleitender Aufgaben gegenüber Freiwilligen ermöglicht. Zudem bedarf es einer systematischen Einbindung in regionale bzw. kommunale Netzwerke, in denen Frühe Hilfen kooperativ organisiert und umgesetzt werden. Verbunden damit ist die Festlegung einer klaren Aufgabenstellung bei der Zusammenarbeit mit den Fachdiensten im Bereich Frühe Hilfen sowie den Fachkräften, die für die Koordinierung der Netzwerke Früher Hilfen zuständig sind.

LITERATUR

4

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt am Main

Aktion Jugendschutz/Institut für Praxisforschung und Projektberatung (AJS/IPP) (2012): Elterntalk 2001–2011. Netzeerbildung, Nachhaltigkeit und Innovationspotenzial. Zweite wissenschaftliche Begleitstudie zum Projekt ELTERN TALK. München: Aktion Jugendschutz

Antonovsky, Aaron (1997): Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen

Armbruster, Meinrad, M./Thiemann, Janet (2013): ELTERN-AG – Elternkompetenz durch Empowerment für Familien in schwierigen Lebenslagen. In: Röhrle, Bernd/Christiansen, Hanna (Hrsg.): Hilfen für Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen. Prävention und Gesundheit, Band V. Tübingen, S. 333–346

Behringer, Luise (2001): Zur Situation von Familien. Reflexion aus der Arbeit mit Elternselbsthilfegruppen. In: Frühförderung interdisziplinär, 20. Jg., S. 157–165

Beirat des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) (2009): Begriffsbestimmung Frühe Hilfen. www.fruehehilfen.de/fruehe-hilfen/was-sind-fruehe-hilfen/

Bengel, Jürgen/Strittmatter, Regine/Willmann, Hildegard (1998): Was erhält Menschen gesund? Antonovskys Modell der Salutogenese – Diskussionsstand und Stellenwert. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.): Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung, Band 6. Köln

Bergold, Pia/Buschner, Andrea/Rupp, Marina (2013): Netzwerk Familienpaten Bayern. Durchführung der Familienpatenschaften. Teilbericht II. ifb-Materialien 2013-2. Bamberg. www.ifb.bayern.de/publikationen/materialien.html

Binne, Heike/Dummann, Jörn/Gerzer-Sass, Annemarie/Lange, Andreas/Teske, Irmgard (Hrsg.) (2014): Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2001): Die soziale Bürgergesellschaft: Zur Einbindung des Sozialpolitischen in den zivilgesellschaftlichen Diskurs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14. www.bpb.de/apuz/28427/buergergesellschaft-und-sozialpolitik?p=all

Brendel, Katja/Wagenblast, Regine (2011): Praktische Hilfe für Familien nach der Geburt. Ein Bericht über ehrenamtliche Arbeit im Feld der Frühen Hilfen. In: Soziale Arbeit, H. 2, S. 49–55

4

- Brunkhorst, Hauke** (Hrsg.) (1998): Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft. Frankfurt am Main
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (BMFSFJ)/Deutsches Jugendinstitut (DJI) (Hrsg.) (2002): Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von unten – Individuelle, familiäre und gemeinwesenbezogene Wirkungen und Leistungen von Familienselbsthilfe. Materialien zur Familienpolitik Nr. 15. Bonn/München
- Caplan, Gerald** (1964): Principles of preventive psychiatry. New York: Basic Books
- Dettling, Warnfried** (1995): Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh
- Deutscher Bundestag** (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Deutscher Bundestag** (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Enquete-Kommission** (2002): Abschlussbericht der Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Wiesbaden
- Faltermaier, Toni** (2005): Gesundheitspsychologie. Stuttgart
- Franzkowiak, Peter** (2006): Präventive Soziale Arbeit im Gesundheitswesen. München
- Früchtel, Frank/Hampe-Grosser, Andreas** (2010): Was leisten Familienräte? In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, H. 11, S. 1–7
- Gehrmann, Gerd/Müller, Klaus D./Säuberlich, Uwe** (2008): Familie im Stadtteil. Regensburg
- Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine** (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Wiesbaden
- Glück, Alois/Magel, Holger/Röbke, Thomas** (Hrsg.) (2004): Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements. Stärkung der Familien durch ehrenamtliche Initiativen. Heidelberg
- Helbrecht-Jordan, Ingrid** (1996): Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld

- Kegel, Thomas/Reifenhäuser, Carola** (2009): Fibel Freiwilligen-Koordination Basiskurs. Lernbuch zum Basiskurs 4. bearb. Aufl. Berlin
- Kegel, Thomas/Reifenhäuser, Carola/Schaaf-Derichs, Carola** (2004a): Lehrbuch Strategisches Freiwilligen-Management. Lehrmaterialien 1. Teil für den Ausbildungsgang Freiwilligen-Management der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland. Berlin
- Kegel, Thomas/Reifenhäuser, Carola/Schaaf-Derichs, Carola** (2004b): Lehrbuch Strategisches Freiwilligen-Management. Lehrmaterialien 2. Teil für den Ausbildungsgang Freiwilligen-Management der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland. Berlin
- Keupp, Heiner** (1988): Riskante Chancen. Das Subjekt zwischen Psychokultur und Selbstorganisation. Sozialpsychologische Studien. Heidelberg
- Keupp Heiner** (2003): Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros u. Ä. – Chancen und Restriktionen. In: Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen, S. 13–52
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas** (1999): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyerer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
- Körper-Stiftung** (Hrsg.) (1993): Wie viel Gemeinnutz braucht die liberale Gesellschaft? 100. Bergedorfer Gesprächskreis. Hamburg
- Krell, Wolfgang** (2012): Freiwilligen-Agenturen – Entwicklungsagenturen für bürgerschaftliches Engagement. In: Rosenkranz, Doris/Weber, Angelika (Hrsg.): Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der sozialen Arbeit. 2. bearb. Aufl. Weinheim/Basel, S. 78–89
- Laverack, Glenn** (2007): Health promotion practice. Building empowered communities. Maidenhead: Open University Press
- Lenz, Albert** (2012): Kooperation und Empowerment bei Frühen Hilfen. In: Prävention. Zeitschrift für Gesundheitsförderung, H. 4, S. 104–107
- Müller, Klaus D.** (2004): »Familie im Stadtteil« – niederschwellige Hilfen für junge Familien in der Nachbarschaft. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.: Herkunftsfamilien in der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation 3. München

4

- Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH)** (Hrsg.) (2015): Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von Ehrenamtlichen in den Frühen Hilfen am Beispiel der Evaluation des Modellprojekts »Frühe Hilfen in der Caritas«. Kompakt. Köln
- Perzmaier, Christine/Sonnenberg, Birgit** (2013): Patenschaften praxisnah. Herausforderungen und Umsetzung von Kinder- und Familienpatenschaften. Weinheim
- Picot, Sibylle** (Hrsg.) (2010): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Band 3: Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wiesbaden
- Pillhofer, Melanie/Fegert, Jörg M./Ziegenhain, Ute** (2012): Aktionsprogramm Familienbesucher. Fortbildungskonzept für Willkommensbesuche nach der Geburt zur Information junger Eltern. Stuttgart
- Rappaport, Julian** (1985): Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, H. 17, 1985, S. 257–278 (Original: In praise of paradox: A social policy of empowerment over prevention. In: American Journal of Community Psychology, H. 9, 1981, S. 337–356)
- Reifenhäuser, Carola/Reifenhäuser, Oliver** (Hrsg.) (2013): Praxishandbuch Freiwilligenmanagement. Weinheim/Basel
- Röbke, Thomas** (2004): Sorgende Netze durch Bürgerschaftliches Engagement – eine Besichtigung mit einigen Ausblicken auf die Zukunft. In: Glück, Alois/Magel, Holger/Röbke, Thomas (Hrsg.): Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements. Stärkung der Familien durch ehrenamtliche Initiativen. Heidelberg, S. 21–37
- Rosenblatt, Bernhard von** (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Stuttgart/Berlin/Köln
- Schmidbauer, Wolfgang** (1977): Die hilflosen Helfer. Reinbek
- Schmidbauer, Wolfgang** (1983): Helfen als Beruf – Die Ware Nächstenliebe. Reinbek
- SOS Kinderdorf e.V.** (2011): Werkbuch Freiwilliges Engagement im SOS-Kinderdorf e.V. München
- Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf** (Hrsg.) (2000): Die Rückkehr des Lebens in die Öffentlichkeit. Zur Aktualität von Mütterzentren. Neuwied

Stürmer, Stefan/Trötschel, Roman (2006a):
wellcome – praktische Hilfe für Familien nach der Geburt. Teilbericht 1 der wissenschaftlichen Evaluation. Deskriptive Merkmale der Klientinnen und ihrer Familien, Motivation zur Nutzung von wellcome und Wirksamkeitsanalysen. Christian-Albrechts-Universität. Kiel

Stürmer, Stefan/Trötschel, Roman (2006b):
wellcome – praktische Hilfe für Familien nach der Geburt. Teilbericht 2 der wissenschaftlichen Evaluation. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Christian-Albrechts-Universität. Kiel

Tschöpe-Scheffler, Sigrid (2008): Unterstützungsangebote zur Stärkung der elterlichen Erziehungsverantwortung oder: Starke Eltern haben starke Kinder. In: Bastian, Pascal/Diepholz, Annerieke/Lindner, Eva (Hrsg.): Frühe Hilfen für Familien und soziale Frühwarnsysteme. Münster/New York, S. 59–81

Ziegenhain, Ute/Bebauer, Sigrid/Künster, Anne K./Thurn, Leonore/Backes, Sabine/Reichle, Barbara (2012): Auf den Anfang kommt es an. Ein Kurs für junge Eltern – Kursmaterialien. 2. bearb. Auflage. Mainz

5

INTERNETQUELLEN

Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (AfED) (2014): Engagement kompetent fördern. Erfolgreich Freiwillige gewinnen und begleiten. Qualifizierungen Februar bis November 2014 für die Förderung des freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements. Berlin.
www.ehrenamt.de/1435_Alt.htm (11.06.2015)

AWO: Mobile Elternschule. Konzept Eltern-Kind-Gruppe.
www.familienbildung.info/Dokumente/Konzepte_Eltern-Kind-Gruppen.pdf (11.06.2015)

Beirat des NZFH (2009): Was sind Frühe Hilfen?
www.fruehehilfen.de/fruehe-hilfen/was-sind-fruehe-hilfen/ (11.06.2015)

Beratergruppe Ehrenamt (2012): Angebote. Berlin.
www.beratergruppe-ehrenamt.de/angebote/ (11.06.2015)

Burn, Celina (o.J.): Sure Start – Die Lage für Kinder und Familien ändern.
www.eundc.de/pdf/11006.pdf (11.06.2015)

Communities Count (2004): What works in involving parents in Sure Start? A Research Project for local Sure Start Parents. Working and Volunteering in Sure Start.
www.ness.bbk.ac.uk/support/local-evaluation-findings/documents/865.pdf (11.06.2015)

Deutscher Städte- und Gemeindebund (dstgb) (2008): Wirksamer Kinderschutz – Herausforderungen für die Kommunen.
[www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Wirksamer%20Kinderschutz/Material/DStGB-Position%3A%20Wirksamer%20Kinderschutz%20\(PDF-Dokument\)/dstgb_position_wirksamer_kinderschutz.pdf](http://www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Wirksamer%20Kinderschutz/Material/DStGB-Position%3A%20Wirksamer%20Kinderschutz%20(PDF-Dokument)/dstgb_position_wirksamer_kinderschutz.pdf). (05.05.2014)

4Children (2013): Children's Centre Census 2013.
www.4children.org.uk/Files/8dd559e9-acc8-4030-a787-a28800f72e3d/Children_Centre_Census_2013_FINAL_AM.pdf (11.06.2015)

Jungclaussen, John F. (2011): Poor Britannia. In: ZEIT ONLINE.
www.zeit.de/2011/06/Grossbritannien-Sparpaket (11.06.2015)

Landesjugendamt (LJA) Brandenburg (2013): Empfehlungen zu Eltern-Kind-Gruppen im Land Brandenburg.
www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/bb2.a.5813.de/EKG-Empfehlungen_2013.pdf (11.06.2015)

Landratsamt Miesbach, Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi)/Dt. Kinderschutzbund Kreisverband Miesbach e.V./Landratsamt Miesbach, Staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen (2014): Familienwegweiser.
www.landkreis-miesbach.de/media/custom/1871_212_1.PDF?1389617956 (11.06.2015)

Liehardt, Hubert/König, Elisa/Kiefer, Myriam/Besier, Tanja/Ziegenhain, Ute/Fegert, Jörg M. (2013): Evaluation des Projekts »Frühe Hilfen in der Caritas« des Deutschen Caritasverbandes (2010–2013).
<http://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/fachthemen/familie/evaluation-projekt-f/130722-abschlussbericht-evaluation-fruehe-hilfen-caritas.pdf?d=a&f=pdf> (11.06.2015)

Lloyd Nigel/O'Brien, Margaret/Lewis, Charlie (2003): Fathers in Sure Start local programmes.
www.ness.bbk.ac.uk/implementation/documents/160.pdf (11.06.2015)

Myers, Patrick/Barnes, Jaqueline/Brodie, Isabelle (2003): Partnership Working in Sure Start Local Programmes. Early findings from local programmes evaluations.
www.ness.bbk.ac.uk/support/documents/23.pdf (11.06.2015)

NAKOS (2013): »Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunterstützung stärken«.
<http://www.nakos.de/themen/familie/> (11.06.2015)

Smith, Teresa/Smith, George/Coxon, Kate/Sigala, Maria/Sylva, Kathy/Mathers, Sandra/La Vall, Ivana/Smith, Ruth/Purdon, Susan/Dearden, Lorraine/Shaw, Jonathan/Sibieta, Luke (2007): National Evaluation of the Neighbourhood Nurseries Initiative (NNI) Integrated Report.
webarchive.nationalarchives.gov.uk/20130401151715/www.education.gov.uk/publications/eOrderingDownload/SSU-2007-SF-024.pdf (11.06.2015)

Shinman, Sheila (2008): The Early Learning Partnership Project and Home-Start Approach. Report for Home-Start UK.
www.home-start.org.uk/about_us/what_we_do/The_Early_Learning_partnership_project (11.06.2015)

Smith, Teresa u.a. (2007): National Evaluation of the Neighbourhood Nurseries Initiative (NNI) Integrated Report.
webarchive.nationalarchives.gov.uk/20130401151715/www.education.gov.uk/publications/eOrderingDownload/SSU-2007-SF-024.pdf (11.06.2015)

5

Thiel, Wolfgang (2013): Selbsthilfegruppen – Wissenswertes für Eltern. In: Das Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP). www.familienhandbuch.de (11.06.2015)

Tuschhoff, Angelika/Daude, Rita (2003/2010): Das Grundkonzept der Eltern-Kind-Gruppenarbeit in Familienbildungsstätten. In: Das Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP). www.familienhandbuch.de (11.06.2015)

Verwaltungsvereinbarung Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen 2012-2015

www.fruehehilfen.de/bundesinitiative-fruehe-hilfen/rechtliche-grundlagen/ (11.06.2015)

Weiß, Hans (2013): Interdisziplinäre Frühförderung und Frühe Hilfen – Wege zu einer intensiveren Kooperation und Vernetzung. Hrsg. vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen. Köln.
[http://www.fruehehilfen.de/no_cache/serviceangebote-des-nzfh/materialien/publikationen/einzelansicht-publikationen/titel/interdisziplinaere-fruehfoerderung-und-fruehe-hilfen-wege-zu-einer-intensiveren-kooperation-und-ve/?sword_list\[\]=hans&sword_list\[\]=wei%C3%9F&no_cache=1](http://www.fruehehilfen.de/no_cache/serviceangebote-des-nzfh/materialien/publikationen/einzelansicht-publikationen/titel/interdisziplinaere-fruehfoerderung-und-fruehe-hilfen-wege-zu-einer-intensiveren-kooperation-und-ve/?sword_list[]=hans&sword_list[]=wei%C3%9F&no_cache=1) (11.06.2015)

Williams, Fiona/Churchill, Harriet (2006): Empowering Parents in Sure Start Local Programmes. www.ness.bbk.ac.uk/implementation/documents/1385.pdf (11.06.2015)

**Herausgeber:**

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) in der
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Leitung: Dr. med. Heidrun Thaiss

Maarweg 149-161

50825 Köln

Telefon: 0221 8992-0

www.bzga.de

www.fruehehilfen.de

Autorin/Autor:

Prof. Dr. Heiner Keupp, Prof. Dr. Luise Behringer

Redaktion:

Melanie Mengel, Alexandra Sann

Gestaltung:

Lübbecke | Naumann | Thoben, Köln

Druck:

Kunst- und Werbedruck, Bad Oeynhausen

Auflage:

1.3.08.15

Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird von der BZgA
kostenlos abgegeben. Sie ist nicht zum
Weiterverkauf durch die Empfängerin
oder den Empfänger an Dritte bestimmt.

Bestellung:

BZgA

50819 Köln

Fax: 0221-8992-257

E-Mail: order@bzga.de

Bestellnummer: 16000171

ISBN: 978-3-942816-68-7

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Nationales Zentrum
Frühe Hilfen

Träger:



Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung



Deutsches
Jugendinstitut